



Die Stadt gehört euch!

Wahlprogramm der Bamberger Linken Liste
zur Stadtratswahl 2020



Inhalt

Ein paar Worte zur Großwetterlage	4
1. Ein sozialeres Bamberg für alle.....	5
2. Solide städtische Wohnungspolitik: Damit die Zukunft für alle bezahlbar bleibt.....	9
3. Gute Arbeit in Bamberg!.....	12
4. Klimagerechtigkeit und saubere Natur	15
4.1 Der Stadtrat muss den Klimanotstand anerkennen	15
4.2 Die Klimaallianz muss mehr tun und schneller handeln.....	15
4.4 Konsequenter klimaneutral zum Schutz der Natur handeln.....	16
4.5 Alle vitalen Altbäume in der Stadt erhalten	16
4.6 Hauptmoorwald als Großes Nationales Naturerbe entwickeln	17
4.7 Ein Naturwald für den Westen	18
4.8 Jetzt für das Klima handeln	18
5 Verkehrswende Bamberg–Eine Stadt für Menschen statt für Autos	22
5.1 Die autofreie Innenstadt!	25
5.2 Schnell und bequem in die Innenstadt	26
5.3 Ein mögliches Konzept.....	28
5.4 Weniger Autos für eine lebendige Innenstadt.....	32
5.5 Bamberg die Fahrradstadt.....	33
5.6 Eine Eisenbahn, die verbindet	34
5.7 Innovative Projekte: Wasserstofffahrzeuge.....	35
6.Ethik und Moral über Kapital – Zukunftsorientierte Wirtschaft für Mensch und Tier	36
7. Eine kommunale Finanzierung für die Menschen – heute und morgen.....	39
7.1 Steigerung der Einnahmen	40
8.Gleichstellung in allen Lebensbereichen!	42
9.Sicher sein: Jeden Tag und jede Nacht	47
10.Zutaten der Demokratie? Transparenz und Mitbestimmung!.....	49
11.Erinnern für die Zukunft – Antifaschismus ist demokratische Bürger*innenpflicht	51
11.1 Aufgabe für alle Generationen.....	51
12.Grenzenlose Solidarität: Asylpolitik und Integrationskonzept der BaLi	55
12.1 Solidarität muss praktisch werden	56
13.Jung, Vielfältig, alternativ: So läuft unsere Kulturszene!.....	58
13.1 Kultur braucht Raum! Und Kultur braucht Zeit!	59

13.2 Kultur allen Menschen unabhängig des Einkommens zugänglich machen!	61
14. Teilhabe für alle – Inklusion konkret machen	62
15. Eine Verwaltung für die Zukunft!	64
16. Gelungene Digitalisierung? Mit Datenschutz und Privatsphäre!	66
17. Gesellschaft stärken und Bildung ausbauen	68
17.1 Zustand der Schulen	68
18. Nichts ist in Stein gemeißelt!	71
Danksagung:	71

Bamberg, Februar 2020

Ein paar Worte zur Großwetterlage

Wirtschaftlicher Strukturwandel, Klimaschutz, Antifaschismus, Verkehr der Zukunft, stabile und bezahlbare Mieten, soziales Miteinander in der Weltkulturerbestadt: Stell dir vor, in Bamberg könnten die Probleme und Herausforderungen der Zukunft von den Menschen bewältigt werden, die davon betroffen sind!

Was bis jetzt passiert? Demokratische Mitbestimmung scheitert oft an den Rathausfraktionen, denen echte Bürger*innenbeteiligung zu weit geht und die lieber im „Klein-Klein“ die Dinge verwalten, anstatt sie energisch und frei von Eigeninteressen zu gestalten.

Die *Bamberger Linke Liste* tritt als Wahlvereinigung erneut für den Bamberger Stadtrat an, um mit Mut und den Menschen gemeinsam die Zukunft zu formen. Wir wollen keine klassische Partei sein, sondern immer die Hand zu den aktiven und kreativen Demokrat*innen auf der Straße ausstrecken, die uns stark machen. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften, der fortschrittlichen Bürger*inneninitiativen, sozialen Bewegungen – egal ob für Klimaschutz, bezahlbares Wohnen oder für Feminismus und die Gleichstellung der Geschlechter!

Wir stehen ein für das Ideal des demokratischen Sozialismus: Das heißt für uns Demokratisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche in der Stadtgesellschaft. Solidarität zeigen und zum Mitmachen motivieren. Wir wollen Menschen befähigen und ermächtigen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und gleichzeitig alle Mitmenschen in die Pflicht nehmen, ihren Anteil zur Gemeinschaft beizutragen. Der Markt wird unsere Probleme nicht regeln können. Das können nur wir selbst.

So gestärkt wollen wir mit euch steigenden Mieten, Heiz- und Wasserkosten sowie Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr den Kampf ansagen! Lasst uns die Stadt kulturell lebendiger und vielfältiger machen, für Jung und Alt! Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe genauso wie die Schaffung zukunftsfähiger Arbeit. Wir wollen Jobs, die Sinn machen und gut bezahlt sind, statt weiter Menschen auszubeuten und ihnen wertvolle Lebenszeit zu klauen! Wir regeln den Verkehr neu im Sinne der Menschen und erhalten die Natur von der Erba bis in den Hain. Und bei allem schützen wir die Würde des Menschen und unsere Demokratie mit vereinten Kräften gegen Rechtsextremist*innen, und gegen alle, die Ausbeutung und Ausgrenzung vorantreiben!

Rentner*innen und Studierende, Arbeitnehmer*innen und Geflüchtete, Kulturschaffende und Aktivistis: Werdet ein Teil der Veränderung von Unten, damit die Zukunft der Vielen nicht durch das Geld und die Interessen der Wenigen zunichtegemacht und verkauft wird!

Für uns ist klar: Die Stadt gehört euch!

1. Ein sozialeres Bamberg für alle

Soziales steht im Zentrum der politischen Arbeit der BaLi. Bundesweit breitet sich immer mehr Armut aus. Immer häufiger können Menschen mit dem Verdienst selbst aus Ganztagsarbeit ihren Lebensunterhalt oder den ihrer Familien nicht bestreiten; die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Bürger*innen Bambergs, die tagtäglich hart arbeiten, sind immer mehr von Armut bedroht. Oft reicht eine Arbeitsstelle nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Durch steigende Kosten für Miete, Strom, Kinderbetreuung, Versicherungen und Gesundheit bleibt immer weniger Geld im Portmonee. Die Löhne steigen nicht schnell genug, um die höheren Preise abfedern zu können. Von Armut besonders betroffen sind Alleinerziehende, Alte, Frauen und Kinder. Niedrige Renten sind die Folge. Abstiegs- und Verlustängste machen sich breit. Den Kommunen kommt hierbei immer bedeutsamer die Aufgabe der Fürsorge und des sozialen Ausgleichs zu. Es ist ihre Aufgabe, die Teilhabemöglichkeiten einer immer größeren Gruppe von benachteiligten Bürger*innen zu sichern. Das trägt zur Sicherung des sozialen Friedens bei und hindert Menschen daran, bei populistischen und rechtsradikalen Gruppen Anschluss zu suchen.

Die finanzielle Situation von betroffenen Mitbürger*innen wird bisweilen durch eine rigorose Grundhaltung in den Ämtern (Jobcenter, Sozialamt) der Kommunen, auch in der Stadt Bamberg, verschärft. So wird beispielsweise die Auszahlung von Sozialleistungen mit rechtlich fragwürdigen sog. Sanktionen verwehrt oder vermindert. Dazu kommt die herabwürdigende Behandlung der Betroffenen in den Ämtern. Zu ihrer Unterstützung haben Mitglieder der Bamberger Linken Liste die Armuts- und Arbeitsloseninitiative (AuA) gegründet.

Obwohl Sozialleistungsempfänger*innen rechtlich die komplette Übernahme der Wohnkosten durch die Ämter zusteht, müssen Betroffene häufig Wohnkosten aus den sog. Grundbedarfen mit abdecken, weil Wohnraum unterhalb der genehmigten Preisgrenze nicht vorhanden ist. Diese sog. "Grenzen für die Kosten der Unterkunft" (KdU-Grenzen) werden durch die Stadt Bamberg gesetzt. Die BaLi hat sich erfolgreich für eine Erhöhung dieser Grenzen eingesetzt, es bleibt aber noch erheblich Luft

nach oben. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang eine erhebliche Ausweitung des sozialen Wohnraums in der Stadt Bamberg. Die BaLi hat darauf insbesondere bei der Einführung einer Sozialklausel beim Wohnungsneubau hingewirkt; für eine tatsächliche und breite Wirksamkeit müssen hier die wichtigsten Parameter scharf genug eingestellt werden (niedrigere Zielmieten, höhere Quote, längere Bindungsdauer). Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau GmbH ist aufgefordert, in wesentlich höherem Umfang Sozialwohnungen zu schaffen.

Die Beträge, die in den staatlichen Sozialleistungen für Verkehr und für soziale Teilhabe eingerechnet sind, ermöglichen den Leistungsempfänger*innen keine umfangreiche Mobilität und soziale Teilhabe. Die Bamberger Linke List e unternimmt weiterhin große Anstrengungen zur Einführung eines städtischen Sozialtickets. Mit diesen Tickets sollen die Menschen Stadtbusse zum halben Preis (oder im Monatsabo für 15,00 €) nutzen können. In städtischen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Museen, der VHS oder der Musikschule soll ebenfalls 50% Ermäßigung gewährt werden. Private Einrichtungen und Geschäfte können für Passinhaber*innen freiwillige Preisnachlässe ansetzen. Die Ermäßigungspässe sollen den Berechtigten automatisch zusammen mit Bescheiden durch die städtischen Ämter ausgestellt und zugeschickt werden.

Die Bamberger Linke List e begrüßt es, dass im Rahmen des "Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts" in den einzelnen Stadtvierteln konkrete Quartiersarbeit gefördert und eingerichtet wird und dadurch eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft ermöglicht wird. Wir stellen dabei allerdings fest, dass wirtschaftlich benachteiligte Bürger*innen daran kaum beteiligt sind und dass die daraus resultierenden Maßnahmen die Teilhabe-Bedürfnisse von (alters-)armen Menschen nicht widerspiegeln. Es bedarf einer Vorgehensweise, mit der die Belange dieser Mitbürger*Innen proaktiv von Politik und Verwaltung ausgehend mitberücksichtigt werden. Als positives Vorbild dazu gilt uns die Arbeit der "Arbeitsgemeinschaft älterer Bürger Bamberg s", die der "stillen Armut" mit behutsamer, aufsuchender Arbeit begegnet. Die staatlichen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen durch die Stadt Bamberg, wie in Nürnberg, mit möglichst wenig Bürokratie aktiv beworben und den Berechtigten unkompliziert zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt in Bamberg eine sehr engagierte und aktive Hospizbewegung, die durch den Hospizverein Bamberg e.V. initiiert wurde und in den letzten drei Jahrzehnten zu einem interdisziplinären Hospiz- und Palliativzentrum (Hospizverein mit ambulanten Begleitungs- und Informationsangeboten für Interessierte, Schwerstkranke, Sterbende und Trauernde, Sozialstiftung mit Palliativstation und spezialisierter ambulante Palliativversorgung SAPV, Hospizakademie Bamberg) herangewachsen ist. In den kommenden beiden Jahren wird dort ein weiterer Baustein, ein stationäres Kinder- und Jugendhospiz, entstehen.

Wir fordern in naher Zukunft ein stationäres Hospiz auch für erwachsene Menschen in Bamberg und setzen uns für eine Erweiterung des Bamberger Hospiz- und Palliativzentrums in diesem Sinne ein.

Im Bereich des sozialen Ausgleichs fordert die Bamberger Linke Liste:

- keine Behinderung beim Sozialleistungsbezug durch die Ämter sondern vielmehr eine aktive Bewerbung und Förderung von Unterstützungsleistungen
- ein Ende der negativen Darstellung und Ausgrenzung von Sozialhilfeberechtigten
- eine gezielte und proaktive Bewerbung des Bildungs- und Teilhabepakets (und an bezugsberechtigte Mitbürger*innen)
- eine menschenwürdige Mindest-Sozialleistung auch an die Bewohner*Innen des AnKER-Zentrums
- angemessene Höhersetzung der KdU-Grenzen
- die Wiedereinführung des Sozialwohnungsbaus durch erhebliches Engagement der Stadtbau GmbH
- Maßnahmen zu einer deutlichen Verschärfung der Sozialklausel im Wohnungsbau

- eine Unterstützung von Obdachlosen, die nicht auf entwürdigende Abschreckung von der Inanspruchnahme der Obdachlosenunterkünfte zielt
- Bereitstellung eines Kältebusses u.a. mit medizinischer Versorgung
- die Einrichtung einer Bahnhofsmision in Bamberg
- eine Ausweitung der Sozialarbeit und kostenloses Mittagessen an den Schulen
- das Beenden von Stromsperren gegen nicht zahlungsfähige Mitbürger*innen durch die Stadtwerke
- eine kontinuierliche Überprüfung von Armut, inklusive Altersarmut, und deren regelmäßige Berichterstattung als Grundlage für weitere Unterstützungsangebote der Kommune
- das aktive Entgegenwirken gegen die Verdrängung und Ghettobildung durch die Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsstellen mithilfe der Gestaltung einer bunten Stadtlandschaft beispielsweise durch die Erhöhung von Sozialwohnungen in allen Stadtteilen und die Bereitstellung einer ansprechenden Infrastruktur
- zur Verhinderung von Armut, zukünftig alle Anträge im Stadtrat vorab daraufhin zu überprüfen, ob sie zu einer Zunahme der Armut in Bamberg führen könnten

2. Solide städtische Wohnungspolitik:

Damit die Zukunft für alle bezahlbar bleibt

Wohnen ist die soziale Frage in Bamberg, die der Markt nicht lösen kann.

Die Bamberger Linke Liste steht für einen stärker von der Kommune gelenkten Wohnungsmarkt. Die Stadt Bamberg muss hierzu ihre Rolle als Anbieterin von Wohnraum entschieden ausbauen. Die Basis für eine langfristige Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Bamberg garantiert, liegt in vorausschauender Flächenpolitik. Die Stadt Bamberg muss Eigentümerin möglichst vieler Flächen sein, um selbstbestimmt auf dem Wohnungsmarkt auftreten zu können.

Eine Aufgabe, die einen langen Atem braucht. Die BaLi begegnet den drängenden Problemen der Wohnungsnot und überhöhten Mieten ebenso mit kurzfristigen Maßnahmen, wie durch die Unterstützung und Gründung des Bamberger Mietenstopp Bündnisses.

In einer Stadt zu wohnen bedeutet jedoch wesentlich mehr als nur bloße vier Wände und ein Dach über dem Kopf: Die BaLi will Spielräume im Viertel schaffen, damit die Nachbarschaft gemeinsam gestaltet wird und das sollen die Bewohner*innen selbst demokratisch bestimmen können. Quartierskonzepte sind dazu ein idealer Weg, weshalb wir die Weiterführung der begonnenen Umsetzung kraftvoll unterstützen. In diesen Quartieren sollen Stadtteilzentren geschaffen werden, die Ort der Selbstorganisation und Begegnung sein können. Wir sind Partner aller Initiativen, welche alternative Wohnprojekte verwirklichen wollen. So kann eine selbstbewusste und verantwortungsvolle Stadtgesellschaft entstehen, damit das Leben aller Menschen in unserer Stadt besser wird.

Packen wir es an: Die Stadt gehört euch!

Kurzfristige Maßnahmen für eine zügige Entspannung des Wohnungsmarkts: (Umformulierung aller Punkte als Stichpunkte - keine Sätze)

- Mietenstopp bei Wohnungen der Stadtbau GmbH.

- Verschärfung der Sozialklausel im Wohnungsbau: Erhöhung des Anteils vergünstigter Wohnungen ohne Bindungsfristen von 20 auf 50% des Neubaus; davon 50% echte Sozialwohnungen
- Stadtbau GmbH muss sich auf das Kerngeschäft konzentrieren und ihr Engagement in der Herstellung von günstigem Wohnraum und von Sozialwohnungen erheblich ausweiten
- Die Stadt Bamberg muss Leerstand aktiver bekämpfen. Eigentümer*innen, die ihre Immobilien leer stehen und verfallen lassen, oder bebaubare Grundstücke nicht bebauen, bzw. unternutzen, werden der Sozialverpflichtung des Grundgesetzes nicht gerecht. In diesen Fällen befürworten wir die Enteignungen zum Wohl der Stadtgesellschaft, wie im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung verankert
- Einführung einer einkommensabhängigen Zweitwohnsitzsteuer
- Die bestehende Zweckentfremdungssatzung muss konsequent und effektiv durchgesetzt werden
- **Mittel- und langfristige Maßnahmen für stabile Mieten und gegen Verdrängung**
- Langfristig soll das Angebot an Mietwohnungen dem Markt entzogen werden und in öffentliche Hand überführt werden.
- Enge Abstimmung von Stadt und Landkreis Bamberg, um durch gemeinsame Strukturpolitik Wohnraum nutzbar zu machen.
- Ausbau des ÖPNV-Angebots über die Stadtgrenze hinaus, um den Zuzugsdruck zu mildern. Erst wenn die Stadtwerke das Angebot deutlich ausweiten, wird es auch für Menschen attraktiv in den umliegenden Gemeinden zu wohnen, die bisher die Stadt als Wohnort bevorzugt haben.

- Die Stadt Bamberg darf keine Flächen mehr verkaufen. Um nachhaltige Wohnungspolitik und Wirtschaften zu erreichen, werden Grundstücke nur noch verpachtet. Damit bleibt die Stadt Eigentümerin und in wirtschaftlich schwierigen Phasen unabhängiger.
- Flächendeckender Einsatz von Erbpachtverträgen: Die Flächen bleiben in der Hand der Stadt, auch wenn private Investoren darauf bauen. So wird Spekulationen von Großinvestoren entgegengewirkt
- Unterstützung des Studierendenwerks bei der Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum, z.B. durch zur Verfügungstellung geeigneter Flächen. Es muss ausreichend Wohnheimplätze geben, sodass Studierende nicht in sanierungsbedürftigen oft überbewerteten Wohnungen leben müssen

3. Gute Arbeit in Bamberg!

Zukunftssichere Arbeitsplätze in der Stadt Bamberg:

Die Bali fordert in Zeiten der Digitalisierung und Transformationsprozesse:

Wir fordern, dass sich die Stadt Bamberg in dieser Frage eng mit dem Land und dem Bund abstimmt, um einen Technologiewechsel ortsansässiger Unternehmen voranzutreiben und die Arbeitsplätze vor Ort zu sichern.

- Erwachsenenbildung ausbauen und inhaltlich anpassen
- Regelmäßig gibt es eine Digitalisierungskonferenz (Arbeitgeber*in, Arbeitnehmer*innen-Vertretung, Gewerkschaft, Bildungsträger)

Die Erwachsenenbildung wird durch die Stadt Bamberg ausgebaut, um in Zeiten der Digitalisierung und Umstrukturierung eine Weiterbildung der Beschäftigten zu gewährleisten. Zweimal jährlich findet eine Digitalisierungskonferenz mit Arbeitgebern, Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften statt, um den Ist-Stand zu prüfen und weitere notwendige Schritte einzuleiten.

- Die Stadt stellt eine/n Digitalisierungsbeauftragt*en
- Die Stadt Bamberg fördert die Ansiedlung von Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen. Priorität haben dabei Unternehmen, die flächenschonend umweltverträgliche und tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze schaffen.
- Die Bali kritisiert den kapitalistischen Verdrängungswettbewerb im Handel. Verkaufsoffene Sonntage und lange Einkaufsnächte lehnen wir zum Schutz der Beschäftigten entschieden ab. Den in der Bayerischen Verfassung geschützten Sonntag werden wir durchsetzen.

Dies Stadt und ihre Unternehmen als Arbeitgeber und Auftraggeber:

Wenn im Folgenden von „die Stadt und ihre Unternehmen“ oder von „die Stadt“ die Rede ist, sind neben der Verwaltung der Stadt Bamberg auch Beteiligungen der Stadt Bamberg in Privatrechtsform, Eigenbetriebe, Stiftungen und Zweckverbände gemeint.

Die Stadt ist ein regional bedeutender Akteur auf dem Arbeitsmarkt. Unser Anspruch ist, dass sie als vorbildlicher Arbeitgeber handelt.

- Keine verschlechterten Arbeitsbedingungen durch Ausgründungen, Rücknahme von Privatisierungen.
- In den letzten Jahren wurden in vielen Bereichen durch Ausgründungen und Outsourcing Kosten reduziert. Diese Einsparungen zu Lasten der Arbeitnehmer sind rückgängig zu machen. Als Beispiel sei hier nur die Auslagerung der Jugendarbeit genannt.
- Keine neuen prekären Arbeitsverhältnisse – vorhandene umwandeln.

Es ist ein Armutszeugnis für die Personalpolitik der Stadt und ihrer Unternehmen, dass immer wieder sachgrundlos befristete Stellen angeboten werden. Diese Praxis ist einzustellen, vorhandene Arbeitsverhältnisse auf Basis von sachgrundlosen Befristungen sind in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Die Stadt und ihre Unternehmen als Auftraggeber

Durch eine entsprechende Vergabepaxis kann die Stadt positiv auf die Qualität der Arbeitsplätze in der Region Einfluss nehmen. Auch wenn in Bayern als einzigem Bundesland kein Tariftreue- und Vergabegesetz gibt, soll die Stadt alle gesetzlich zulässigen Möglichkeiten ausnutzen, um Einfluss auf die Arbeitsbedingungen bei den Auftragsnehmern auszuüben. Die Stadt muss sich klar für die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes positionieren. Dies schließt entsprechende Initiativen über den bayerischen Städtetag ein.

- Tariftreue und ein existenzsichernder Mindestlohn müssen Vergabekriterium werden!

Arbeit und Familie

Die Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern und von Familien, die Angehörige pflegen, ist ein wesentlicher Beitrag zur Gleichstellungspolitik. Die Stadt muss hier ihre Verantwortung besser wahrnehmen.

Wir sind der Meinung, dass alle Einrichtungen von der Krippe bis zum Hort für die Eltern kostenfrei zur Verfügung stehen müssen. Die Stadt muss Schritte auf diesem Weg gehen.

- Kinderbetreuungseinrichtungen an die Bedürfnisse von Berufstätigen anpassen

Plätze müssen in ausreichender Zahl, guter Qualität und mit flexiblen Öffnungszeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch die Schichtarbeiterin und der Verkäufer müssen die Möglichkeit haben die Einrichtungen zu nutzen.

Mittags- und Nachmittagsbetreuung in den Schulen darf keine „Aufbewahrung“ der Kinder sein.

Die Stadt muss verstärkt Einrichtungen in eigener Trägerschaft einrichten. Der symbolische Anfang, der hier gemacht wurde reicht nicht aus.

Qualifikationsmaßnahmen schaffen. Die Stadt als Bildungsträger muss alle ihre Angebote schwerpunktmäßig nach diesen Erfordernissen ausrichten. Darüber hinaus müssen die Angebote in der Erwachsenenbildung deutlich ausgebaut werden.

- Die Stadt Bamberg fördert die Ansiedlung von Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen. Priorität haben dabei Unternehmen, die flächenschonend umweltverträgliche, tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze schaffen.
- Den Schutz des Sonntags, wie in der Bayerischen Verfassung garantiert, werden wir durchsetzen. Verkaufsoffene Sonntage und lange Einkaufsnächte lehnen wir ab.

4. Klimagerechtigkeit und saubere Natur

Die BaLi ist eng vernetzt mit den Umweltorganisationen und Aktivist*innen dieser Stadt. Uns liegen unsere Umwelt und dieser Planet am Herzen und wir wollen ihn gut erhalten den kommenden Generationen überlassen. Hierfür ist ein massives Umdenken von Nöten. Eine Politik, wie wir sie die letzten Jahrzehnte erlebt haben, muss ein Ende finden. Weniger Kapital, sondern vielmehr Ökologie und soziale Gerechtigkeit sind die Maßstäbe, nach denen wir heute gemeinsam Politik machen wollen, damit unsere Kinder ein vergleichbar gutes Leben weiterführen können. Wir schaffen ein Klima in Bamberg, in dem sich alle wohlfühlen.

4.1 Der Stadtrat muss den Klimanotstand anerkennen

Mit dem Antrag auf Ausrufung des Klimanotstands hat die BaLi schon 2019 einen richtungsweisenden Weg eingeschlagen. Wir wollen damit erreichen, dass die Stadt endlich anfängt umzudenken und bei allen im Stadtrat beschlossenen Maßnahmen die ökologischen Kosten und Folgen berücksichtigt und bestenfalls minimiert.

Es ist nicht hinzunehmen, dass die Stadt unseren Antrag bereits zum zweiten Mal verschoben hat, sodass der endgültige Beschlusstermin erst nach den Wahlen im März stattfinden wird. Diese Aufschiebe-Mentalität ist ein Hohn für alle Umweltaktivist*innen, die sich engagieren und mit Herzblut einsetzen.

4.2 Die Klimaallianz muss mehr tun und schneller handeln

Die Aktivitäten der Klimaallianz zwischen der Stadt und dem Landkreis Bamberg greifen entschieden zu kurz. Bei einer Weiterführung der Aktivitäten in der bisherigen Weise und mit der bisherigen Geschwindigkeit wird die Stadt Bamberg ihren Anteil an einer rechtzeitigen Klimawende nicht erbringen können. Es braucht Zielsetzungen in allen Bereichen des CO₂-Ausstosses, höher gesteckte Ziele sowie messbare Indikatoren, denn ein Teilerfolg ist bei dieser Problematik kein Erfolg. Klimaschutz bedeutet, das denkbar Machbare zum Schutz der Umwelt zu tun und dabei sozialverträglich vorzugehen.

4.3 Eine Klimaschutzbündnis zusammen mit den Bürger gestalten

Wir begrüßen die Gründung des Bamberger Klimaschutzbündnisses sehr und fordern die Stadt auf, in allen Belangen des Umwelt- und Klimaschutzes mit Organisationen und Einwohner*innen zu kooperieren und ihre Expertise zu nutzen.

Die Menschen sollen die Klimawende auch von unten gestalten können. Das Bündnis ist ein herausragendes Beispiel für kommunale Bürger*innenbeteiligung und Selbstorganisation. Wir fordern die Stadtverwaltung zur vollen Kooperation und Unterstützung des Klimaschutzbündnisses auf.

4.4 Konsequenter klimaneutral zum Schutz der Natur handeln

Der Klimawandel ist in den letzten Jahren in Bamberg angekommen.

Die Durchschnittstemperatur ist bei uns bereits um 1 Grad angestiegen, Schneefall gibt es nur noch ganz selten und im Sommer ist auf dem Maxplatz oft unerträglich heiß. Im Hain mussten durch das Absinken des Grundwasserspiegels mehr als 80 Altbäume gefällt werden; Neupflanzungen (zum Beispiel auf der Erba) könnten nie zu Starkbäumen heranwachsen. Ein großer Teil der Fichten- und Kieferforste der Stadt werden in den nächsten Jahren absterben.

Setzen wir diesen Entwicklungen nichts entgegen, werden auch unsere ortsansässigen Gärtner*innen deutliche Probleme bekommen und wir werden uns so nicht mehr mit regional erzeugten Lebensmitteln versorgen können.

Anpassungsmaßnahmen an diese Veränderungen sind unumgänglich. Die lokalen Maßnahmen dürfen sich nicht auf Symptombekämpfung beschränken, vielmehr muss die Stadt Bamberg den CO₂-Ausstoß auf ihrem Gebiet drastisch senken und dadurch an der Begrenzung der Erderwärmung mit ihrem angemessenen Anteil mitwirken.

4.5 Alle vitalen Altbäume in der Stadt erhalten

Obwohl wir in einer Gärtnerstadt wohnen und über viele Grünflächen verfügen, sind bereits mehr als ¼ unserer Stadtfläche versiegelt. Der Eindämmung der voranschreitenden Flächenversiegelung kommt hier eine bedeutende Rolle zu. Besonders die

großen Gewerbe- und Industriegebiete im Osten haben kaum Grünflächen -und wenn, sind diese wegen des unersättlichen Bedarfs an Immobilienflächen massiv gefährdet.

So soll der naturnahe Park um die ehemalige und denkmalgeschützte Maisel-Brauerei vollständig überbaut werden, obwohl dieser wie eine Oase inmitten einer versiegelten Wüste wirkt und nicht ersetzbar ist. Der Profit Einzelner darf nicht über das Gemeinwohl gestellt werden.

Wir sprechen uns klar für die Erhaltung solcher besonders wichtigen Klimabausteine aus. Die Bauherren müssen ihre Projekte den zukünftigen klimatischen Bedingungen unterordnen und entsprechend anpassen (Kein Mensch würde seine Oase in einer Wüste für Geld aufgeben).

Dabei spielen die gärtnerisch genutzten Flächen als wichtige Bausteine für eine ökologische Wende und Erhaltung unserer Welterbestadt eine herausragende Rolle. Ihre Erhaltung und Nutzung wird aber zunehmend unwirtschaftlich und viele Flächen liegen brach oder werden massiv durch die Immobilienwirtschaft bedrängt.

Die Bamberger Linke Liste spricht sich uneingeschränkt für eine Solidarische Landwirtschaft (Solawi) in Bamberg aus. Sie muss nicht nur bleiben, sondern wachsen. Und dazu braucht es Gärtnerland zum Selbsternten oder Abholen, bürgernah in allen Teilen der Stadt. Wir wollen, dass die Stadt solche Initiativen (Essbare Stadt, Selbstpflückgarten, ...) in Zukunft viel stärker fördert.

Urban Gardening kann so ein wichtiger Grundpfeiler für eine bürgernahe und ökologische Stadtgesellschaft sein und dabei unser Welterbe, die Gärtnerstadt, erhalten. Das ist in unser aller Interesse.

4.6 Hauptmoorwald als Großes Nationales Naturerbe entwickeln

Der Erhalt und die Entwicklung der städtischen Forst- und Grünflächen zu ökologischen Ausgleichsflächen sind unabdingbar.

Die Bürger*innen haben mit ihrem Bürgerentscheid den Erhalt des Hauptmoorwaldes gefordert. Sie haben erkannt, dass dieser für den durch Verkehr und Industrie sehr stark belasteten Osten Bamberg als Ausgleichsfläche für Mensch und Natur notwendig ist.

Durch Ausweisung der besonders schützenswerten Flächen als Bannwald oder Schutzgebiet kann der Hauptmoorwald als Großes Nationales Naturerbe geschützt

und ökologisch weiterentwickelt werden. Eine forstliche Nutzung ist hierbei nicht zielführend. Kein vitaler Altbaum darf in Zukunft durch eine städtische Motorsäge dort zu Fall kommen.

4.7 Ein Naturwald für den Westen

Die Stadt besitzt große Forstflächen, die durch den Klimawandel stark gefährdet sind. Die Entwicklung dieser Forstflächen zu Naturwald halten wir daher für besonders wichtig.

Der Bruderwald spielt dabei für den Westen eine besonders herausragende Rolle. Das Klinikum am Bruderwald kann ohne Aufwand zu einem Klinikum am Naturwald entwickelt werden und durch den Verzicht auf eine wirtschaftliche Holznutzung konsequent zu einem attraktiven Erholungsort für Patient*innen, Angestellte und auch Touristen aus der Innenstadt entwickelt werden.

Zusammen mit einem nahegelegenen zukünftigen Nationalpark und UNESCO-Weltnaturerbe Steigerwald könnte sich Bamberg zu einer fränkischen Welterbe-Region und Hotspot für Mehrtagesbesucher entwickeln – weiteres Wirtschaftsstandbein der Stadt neben dem Klinikum und der Auto-Zulieferindustrie entwickeln.

4.8 Jetzt für das Klima handeln

Wir brauchen eine zeitnahe Umsetzung einer Vielzahl von Maßnahmen, um unsere Stadt auf die veränderten Klimabedingungen vorzubereiten.

- Alle anstehenden energetischen Sanierungsmaßnahmen von städtischen Gebäuden, wie z.B. der Schulen und Verwaltungsgebäude müssen sofort durchgeführt werden. Die stärkere Nutzung von Photovoltaikanlagen (unter Berücksichtigung von Denkmalschutz, Tragfähigkeit, etc.) ist hierbei eine einfache und auch kostengünstige Lösung, um den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Hier gibt es noch viel ungenutztes Potential in der Stadt.
- Die Förderung von klimafreundlicher Mobilität, d.h. gut ausgebauten und möglichst kostenlosen ÖPNV, dessen Flotte nach und nach ausschließlich aus E-/Wasserstoffbetriebenen Bussen besteht (siehe ÖPNV-Konzept).

- Damit einher geht der Ausbau von Radwegen und die Förderung jeglicher Fahrradinfrastruktur, wie z.B. Fahrradschnellwege.
- Die weitestgehend autofreie Innenstadt ist sowohl ökologisch als auch bezogen auf das Stadtklima eines unserer Anliegen. Neben den positiven wirtschaftlichen Effekten auf den Einzelhandel versprechen wir uns davon einen Mehrwert an Lebensgefühl für alle Stadtbewohner*innen und eine Verbesserung für den Umweltschutz. Weiteren ökologischen Maßnahmen im Verkehrsbereich, wie z.B. Park and Rides mit Shuttelanbindung, siehe unter ÖPNV-Konzept.
- Die Förderung und Unterstützung von Gartenvereinen und -betrieben, sowie von Organisationen mit Zielen wie der Errichtung neuer Hochbeete, der Begrünung neuer Flächen oder dem Konzept der "Essbaren Stadt". Priorisierung von essbaren Pflanzen vor Zierpflanzen wie z.B. Rosenbeeten. Weiter sollen z.B. die obersten Etagen von Parkhäusern begrünt werden und die daraus entstehenden Gärten ein Ort des Beisammenseins, des Lernens und Genießens werden.
- Die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) erhält unsere volle Unterstützung. Die Stadt muss ein anderes Gelände zur Errichtung der Handwerkskammer stellen als jenes, das von Einwohner*innen gemeinsam bewirtschaftet und gepflegt wird und somit ein Vorzeigeprojekt gelungener ökologischer Stadtentwicklung darstellt.
- Bamberg soll frei von Einwegplastik werden. Wir fordern die Stadt auf, in möglichst allen Bereichen zu evaluieren, wo und wie am besten eingespart und recycelt werden kann. Dabei sind Lebenszyklen und die Umweltverträglichkeit von Produkten miteinzubeziehen, damit eine effiziente Kreislaufwirtschaft gewährleistet ist.
- Bamberg soll Anreize für klimafreundlich handelnde Unternehmen schaffen. Dies kann z.B. durch vergünstigte ÖPNV-Tickets für die Arbeitnehmer*innen der Unternehmen, gute Infrastruktur vor Ort oder Innovationsförderung geschehen. Wichtig ist, dass die Unternehmen zum Handeln angeregt werden.

- Wir fordern eine vermehrte Förderung von erneuerbaren Energien (Wind- und Solaranlagen). Wir lehnen die bayerische 10-H-Sonderregelung ab, welche niemanden schützt, sondern schlicht den Bau von Windrädern in Bayern verhindern soll.
- Erneuerbare Energie soll ausgebaut und vor allem verstärkt verwendet werden. Auf mittelfristige Sicht wollen wir den in Bamberg verbrauchten Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien beziehen. Der Ausbau der Energieproduktion ist Aufgabe der Stadtwerke, weshalb sie hier besonders im Fokus stehen. Auch innovative Ideen der Stromerzeugung durch die Flüsse sind in Betracht zu ziehen.
- Dezentrale Projekte zur Energieerzeugung durch Einwohner*innen sind zu fördern.
- Lebensmittel für öffentliche Einrichtungen sollen zukünftig ausschließlich von regionalen Biobetrieben bezogen werden. Transportwege müssen so kurz wie möglich gehalten werden (siehe Wirtschaftspolitik). Das sind wir nicht nur unserer Umwelt, sondern auch unseren Landwirt*innen schuldig.
- Müllwirtschaft, Müllvermeidung und Recycling müssen in Richtung Kreislaufwirtschaft verbessert werden. Allem voran fordern wir die Abschaffung der gelben Säcke und stattdessen die Einführung von gelben Tonnen bzw. Containern.
- Mülltrennung in der Fußgängerzone muss zukünftig in der Innenstadt eine Selbstverständlichkeit sein.
- Wir sehen einen Umweltbildungsauftrag der Stadt. Kommunale Förderung und Veranstaltungen, wie eine Bamberger Klimawoche an allen Schulen wäre eine Möglichkeit hierfür.

- Stadt und Landkreis Bamberg müssen im Rahmen der Klimaallianz und weiterer überregionaler Zusammenschlüsse in die Pflicht genommen werden, ihre selbstgesteckten Ziele zu erfüllen und weitergehende ambitioniertere zu stecken.
- Tierheime müssen finanziell und logistisch stärker unterstützt werden. Die Hundesteuer soll um 50% reduziert werden, wenn ein Tier aus dem Heim adoptiert wird

5. Verkehrswende Bamberg–Eine Stadt für Menschen statt für Autos

Das Verkehrskonzept Bambergs ist, wie in den meisten Städten Bayerns, stark auto-fokussiert. Dabei fordern die Bürger*innen Bambergs eine Neuausrichtung, unterstützt vom Deutschen Städtetag und zahllosen anderen Gruppen, unter anderem Greenpeace, Bund Naturschutz oder dem Radentscheid Bamberg. Wir legen den Fokus auf eine ökologische, sozialverträgliche und lebendige Stadtplanung.

Wir wollen den motorisierten Verkehr in der Innenstadt die Vorfahrt nehmen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Radfahrer*innen und Fußgänger*innen sollen ihre Stadt zurückerobern können, in dem auf die schwächeren, gefährdeten und älteren Verkehrsteilnehmer*innen besondere Rücksicht genommen wird. Die Bus- und Radfahrer*innen müssen in Zukunft wesentlich bequemer, kostengünstiger, schneller und sicherer ihr Ziel erreichen können.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein Grundstein der Infrastruktur. Er wurde Jahrzehnte lang vernachlässigt und ist so für eine innovative Welterbestadt nicht zukunftsfähig.

Wir fordern mehr Verantwortung, sowie finanzielle Freiheit und Unterstützung von Bund und Land.

Unsere Konzepte sind mittel- bis langfristig gedacht und stehen immer in Bezug zueinander, weshalb sie auch im Kontext zueinander betrachten werden müssen. Keine Forderung bzw. Maßnahme kann als solche ihre volle Wirksamkeit entfalten, wenn sie nicht von weiteren Punkten flankiert wird. Deshalb ist unser ÖPNV-Konzept untrennbar mit den Plänen zur Infrastruktur verbunden, sowie mit der Wohnraumplanung und dem Klimaschutz (Verweis Klimaschutz & Wohnungspolitik).

Die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen im Blick

Die Mobilität alter, junger und eingeschränkter Menschen wollen wir besonders berücksichtigen. Es ist für uns ein wichtiges Anliegen, dass Menschen ihre alltäglichen Aufgaben ohne Einschränkungen weiter bewältigen können. Ob es der Weg zum Einkaufen oder in die Apotheke ist, für kranke oder beeinträchtigte Menschen ist es ge-

rade aus abgelegenen Stadtteilen und Ortschaften sehr schwer, ohne ein eigenes Fortbewegungsmittel diese Orte zu erreichen. Hier setzen wir auf den Ausbau des ÖPNV und auf städtische Angebote für spezielle Gruppen, wie zum Beispiel einem Seniorenbus, der die Menschen bis zur Tür fährt.

- Sondergenehmigungen für Spezialfahrten, wie Taxifahrten für Rollstuhlfahrer*Innen, die lebensnotwendigen Wege, beispielsweise zum Arzt, bewältigen, wollen wir unterstützen und fördern.

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein zentraler Bestandteil der Infrastruktur. Unser Verkehrskonzept will dieser Tatsache Rechnung tragen und den motorisierten Verkehr in der Innenstadt die Vorfahrt nehmen. Der öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Radfahrer und Fußgänger sollen ihre Stadt zurückerobern können, in dem auf die schwächeren, gefährdeten und älteren Verkehrsteilnehmer besondere Rücksicht genommen wird. Die Bus- und Radfahrer*Innen müssen in Zukunft wesentlich bequemer, kostengünstiger, schneller und sicherer ihr Ziel erreichen.

- Unter besonderen Gruppen verstehen wir junge, alte, sowie wirtschaftlich oder körperlich schwächere Menschen. Falls hilfsbedürftige Menschen sich nicht in einer dieser Kategorien sehen, können sie sich jederzeit an uns wenden, damit wir die Liste erweitern.

Wir wollen einen Nachtfahrdienst über das jetzige Angebot hinaus aufbauen und für Kurzstreckenpendler entsprechende Angebote schaffen, um auch während des Berufsverkehrs eine bedarfsgerechte Mobilität gewährleisten zu können.

Die Werbemaßnahme der Stadtwerke zum Tausch eines Führerscheins gegen einen Bus-ÖPNV Gutschein begrüßen wir ausdrücklich. Dieser sollte unbedingt als unbegrenztes VGN-Abo ohne Beschränkungen (Mitnahme von Fahrrad/Begleiter und Übertragbarkeit) ausgeweitet werden.

Wir unterstützen die Empfehlung des Deutschen Städtetags:

„Die Sanierung der Infrastruktur, nachfrageorientierte Angebote im ÖPNV, Mobilitätsstationen, Sharing-Systeme und Fahrradparkplätze müssen Beiträ-

ge leisten, die Attraktivität des „Umweltverbunds“ zu steigern. Übergreifende Tarifsysteme und die Einrichtung der hierfür erforderlichen Clearing-Stellen zwischen den Verkehrsträgern können Beiträge für eine Mobilität für alle zu angemessenen Preisen leisten.“

– Positionspapier Deutscher Städtetag -

Im Bamberg der Zukunft kommen Menschen mit Fahrrädern, Car-Sharing und dem ÖPNV in die Stadt. Dennoch muss die Zufahrt für Transporte gewährleistet bleiben, sowohl für Käufer*Innen größerer Waren, als auch für die Vielzahl an Geschäften. Hierbei tragen wir den Wünschen des Einzelhandels und der Anwohner*Innen Rechnung, denn Städte, die ihre Fußgängerzonen ausweiteten, wurden mit schöneren Innenstädten, einer gesünderen Umgebung und einem Mehrgewinn für den Einzelhandel belohnt.

„Der ÖPNV muss zusammen mit dem Fuß- und Radverkehr und in den ÖPNV eingebundene Sharing-Systeme das Rückgrat des städtischen Verkehrs bilden und Teile des motorisierten Individualverkehrs ablösen.“

- Positionspapier Deutscher Städtetag -

- Wir wollen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die Bike- & Car-Sharing Angebote schafft: Zentral ist eine nicht-profitorientierte Bereitstellung von Fahrrädern für Einwohner*Innen und Tourist*Innen.

Von guten Beispielen lernen

Wir machen aus Bamberg eine der lebenswertesten Städte. Wie das möglich ist und was dafür nötig ist, zeigen uns zwei Beispiele. Zum einen haben wir Pfaffenhofen. Eine Kleinstadt, die es schaffte mit 26.000 Einwohnern die Lebensbedingungen ihrer Einwohner*Innen erheblich zu verbessern, indem sie einen kostenlosen ÖPNV einführte, ein Biomassekraftwerk baute, das sie beinahe energieunabhängig macht und schließlich mit Projekten wie dem Nachtbus, den Menschen zum Preis von einem Euro nutzen können. Zum anderen sollten wir uns ein Beispiel an der spanischen Stadt Pontevedra nehmen, die beinahe den gesamten Verkehr aus der Stadt verdrängte und dabei die Attraktivität der Stadt und die Umsätze des Gewerbes vor Ort steigerte.

Kinder können dort morgens allein in die Schule gehen, Verkehrstote innerorts gibt es keine mehr und die Kohlendioxid-Emissionen sind um 70 % gesunken.

Städte müssen sich verändern, mit Stillstand ist weder Effizienz noch Lebensqualität gewonnen. Die Stadt von morgen muss sich auf kollektive Verkehrsmethoden stützen und damit den ÖPNV und die Schiene wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Politik rücken.

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung (71 Prozent) wollen einen kostenfreien ÖPNV (aktuelle repräsentative Umfrage von infratest-dimap). Das ist nicht nur aus sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen sinnvoll, sondern auch in fünf Jahren machbar und gerecht finanzierbar.

- Positionspapier Deutscher Städtetag-

Im Einzelnen wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

5.1 Die autofreie Innenstadt!

Weil wir die Bedürfnisse der Gewerbe und der Anwohner*Innen im Blick haben Schnellstmögliche Umsetzung der autofreien Innenstadt unter Berücksichtigung der Anwohner*innen und Gewerbe, mit dem Ziel, 2023 eine autofreie Innenstadt zu erlangen.

- Wir wollen auf lange Sicht den gesamten Innenstadtverkehr verändern und minimieren. Freie Einfahrt soll nur noch für Anwohner*Innen und Zulieferer*Innen gelten.

Durch unser Verkehrs- bzw. ÖPNV-Konzept werden wir den städtischen Verkehr bei gleichzeitig vollem Mobilitätsausgleich senken. Im Blick haben wir für den Anfang die Kapuzinerstraße, Lange Straße sowie den Heumarkt. Dabei sollen auch alle Kleinstraßen um den Maxplatz herum für die Menschen befreit werden. Alle dadurch freigegebenen Flächen, wie Parkplätze oder Straßen müssen genutzt werden. Dabei hat eine Begrünung Vorrang vor anderen Maßnahmen, speziell achten wir hierbei auf essbare Pflanzen. Weiter wollen wir dadurch mehr Fahrradwege anlegen und ggf. neue Wahrzeichen und Begegnungsorte schaffen (Verweis Kultur)

Wir gehen auf die Bedürfnisse der Gewerbe und der Anwohner*Innen ein und wollen den individuellen Nutzen der Beteiligten maximieren. D.h. Lastenfahrräder müssen

angeboten werden und die Möglichkeit der Menschen, einkaufen zu gehen, darf nicht schlechter, sondern muss besser werden. Hier sprechen die Entwicklungen aus anderen Städten für uns. Eine ruhigere Innenstadt sorgt für mehr Besucher*Innen und entspannteres Bummeln in den schönen Gassen dieser Stadt. Die Angst vor Verlusten ist verständlich, aber unbegründet.

Wie unsere Beispielstädte anschaulich bewiesen haben, geht eine autofreie Innenstadt, insbesondere in einer Touristenstadt wie Bamberg, mit einem Gewinn für das Gewerbe einher. Hinzugewonnene Lebensqualität und bessere Gesundheit sind dabei nur Nebeneffekte, die sich natürlich positiv auf die Attraktivität der Stadt auswirken

- Alle noch befahrbaren Innenstadtstraßen und Straßen innerhalb des Berliner-Rings werden auf **Tempolimit 30** reduziert, außer Hauptverkehrsadern. Dies soll jedoch nach und nach geschehen. Anschließend soll evaluiert werden, wie und wo es damit am besten weiter gehen soll.

Keine Straße wird gesperrt um des Sperrens Willen, sondern zur Optimierung der Stadt und Verbesserung der Lebensqualität.

„Verkehrswende bedeutet nicht, gleichberechtigt den Umweltverbund zu fördern und für einen sauberen Autoverkehr einzutreten. Sie bedeutet – unter Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse – ein klares Bekenntnis zum Umweltverbund und zu weniger Autoverkehr, der zugleich sauber ist. Zeitlich müssen diese Entwicklungen parallel laufen, bei der (politischen) Gewichtung muss aber eine klare Priorisierung erfolgen.“

- DEMO Impulse (Nr.6): Sonderausgabe März 2017: „Beiträge für eine innovative Kommunalpolitik – Verkehrswende und Mobilität in den Kommunen“, S.5

5.2 Schnell und bequem in die Innenstadt

Wir werden uns im Stadtrat für eine schrittweise Einführung des **kostenlosen ÖPNV** einsetzen. Bis dahin sollen wirtschaftsschwache Einwohner*innen von unserem **Sozialticket** (Link zum Sozialticket) profitieren.

- Ausbau des **nächtlichen Busangebots**: Die Taktung des nächtlichen Busbetriebs muss erhöht werden. Das Angebot soll dabei von abrufbaren Nachtbussen unterstützt werden. Insbesondere müssen die Sonntage flexibler gestaltet werden

Wir wollen einen Ringverkehr, der alle äußeren Stadtteile miteinander verbindet ohne dabei den ZOB anfahren zu müssen. Als Vorbild dient dabei das Wiener Modell. Das heißt, dass der von der Stadt neu geschaffene Ringverkehr ausgebaut und fest verankert wird. Außerdem wollen wir neben der Dezentralisierung des Angebots einen Ausbau der Taktung, damit der Individualverkehr in größtmöglichem Maße ersetzt werden kann.

5.3 Ein mögliches Konzept

Das vorgestellte Konzept ist nur eine Variante der Ausgestaltung. Wir wollen im Rahmen des Stadtrats Verkehrsexpert*Innen und Stadtplaner*Innen beauftragen, geeignete und möglichst Anwohner*innen schonende Strecken ausfindig zu machen und Optionen vorzulegen.

- Die Innenstadt/Altstadt wird mit einem **(A) kleinen Ring** ausgestattet (Lange Straße, Kapuzinerstraße, Löwenbrücke, Königstraße, Luitpoldstraße bzw. größere Version: Markusstraße, Löwenbrücke, Königstraße, Luitpoldstraße, Hainstraße, Nonnenbrücke, Bischofsmühlbrücke, Residenzstraße). Die neuen Haltestellen sind im 10-Minuten-Takt zu erreichen. Dort wird es neue Knotenpunkte geben, die von den bisher den ZOB anfährenden Bussen bedient werden.



Die neuen Haltestellen sind im 10-Minuten-Takt zu erreichen. Ein Blick auf den Fahrplan ist so nicht mehr notwendig, weil der nächste Bus zeitnah kommen wird. Die wichtigen Haltestellen sind gleichzeitig auch die neuen dezentralen Knotenpunkte [DOB = Dezentrale Omnibusbahnhöfe] an denen umgestiegen werden kann und den bisherigen ZOB ersetzen sollen. Die freiwerdenden Bereiche um den bisherigen ZOB können den Kleingewerben und Anwohner*innen zu Gute kommen und sich zur innenstädtischen Promenade entwickeln. Eine weitere Begrünung, ein ständiger grüner Markt und ein Spielplatz sind bisher in Überlegung.

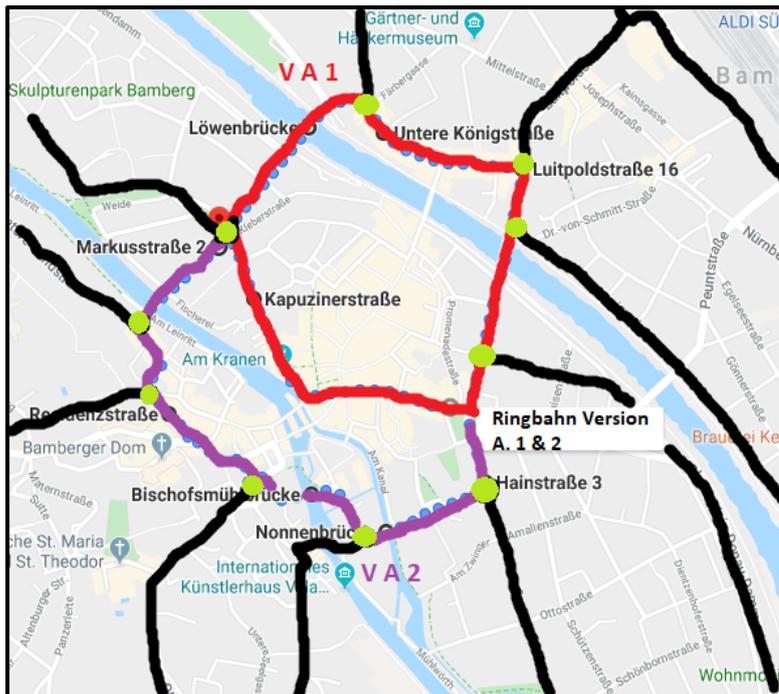
- Der **(B) mittlere Ring** umschließt den kleinen Ring A (Regensburger Ring, Europabrücke, Magazinstraße, Bahnhof, Wunderburg, Heinrichsbrücke, Stephansberg, Kaulberg, Jakobsberg, Maienbrunnen, Friedensbrücke).



- Der **(C) größte Ring** soll weiter abgelegene Stadtteile miteinander verbinden. Die Ringe sind ineinander wiederum verbunden durch die vom Stadtzentrum in die Außenbereiche fahrenden Busse.



Veranschaulichung:



Erläuterung zum kleinen Rings:

Jeder Punkt soll bzw. muss innerhalb von weniger als 10 Minuten per Bus erreichbar sein. Die Buslinien weg vom inneren Ring (schwarze Strecken) verbinden wiederum den inneren mit dem mittleren und großen Ring.

Die Grünen Punkte stehen für die möglichen Knotenpunkte innerhalb des

Die grünen Punkte stehen für die DOBs innerhalb des kleinen Rings. Innerhalb des kleinen Rings werden die Knotenpunkte verortet. Von dort geht es in alle Richtungen, wodurch jeder Kreis miteinander verbunden wird. Innerhalb des kleinen Rings wird es eine sehr knappe Taktung geben, die es erlaubt mithilfe der Busse schnell an alle Knotenpunkte zu gelangen, um von dort aus weiter zu kommen.

- Alle **Bushaltestellen** müssen endlich behindertengerecht werden und erhalten elektronische Anzeigetafeln. Außerdem soll ein neues Konzept für Bushaltestellen erstellt werden, um sie gemütlicher und kreativer auszugestalten. Dabei soll der Schutz vor Wind und Wetter Priorität haben. Überlegungen stehen im Raum allen Haltestellen ein individuelles Design zu geben. Zudem haben wir beantragt, dass die Haltestellendächer, wie u.a. in Leipzig, begrünt werden sollen.
- **Sicherheit, Wartung, Design** der Busse müssen überarbeitet werden.
- Wir werden eine **tarifgerechte Bezahlung** aller städtischen bzw. ÖPNV-Angestellten durchsetzen.
- Ein **gemeinsames Tarifsystem** für alle öffentlichen Verkehrsmittel (Verleihfahrrad, Busse, usw.)
- **Busfahren bis 22 Uhr möglich!** Darüber hinaus Nachtbusse die stündlich über die Grenzen hinausfahren, sprich in naheliegende Dörfer oder auch auf Abruf.
- **Aber auch weiter entfernte Ortschaften und Stadtteile müssen besser angebunden werden!**

Wir setzen uns nicht nur für die Bamberger Innenstadt ein, sondern wollen allen Menschen in Stadt und Land eine gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bieten. Deshalb muss die Busanbindung auch außerhalb der Stadt stark verbessert werden. Wir streben eine stündliche Taktung an.

- Ein zukunftsfähiges Konzept für den regionalen Omnibusbahnhof (ROB) ist hierfür unabdingbar und muss bereits vor dem Umbau des Bahnhofs angegangen werden. Der ROB ist möglichst zeitnah fertigzustellen, damit etwaige Bahnausfälle durch den Streckenausbau kompensiert werden können. Maßgebliche Kriterien müssen die gute Erreichbarkeit aller Einwohner*innen, Naturschutz und die Entlastung der Straßen sein.

5.4 Weniger Autos für eine lebendige Innenstadt

- Wir werden **5000 neue Parkplätze** am Stadtrand in Form von P+R schaffen. Um zusätzliche Versiegelungen zu verhindern, ist vorzugsweise in die **Höhe** zu bauen.

Die Busverbindung vom P+R in die Innenstadt soll für Anwohner*innen und Arbeitnehmer*innen kostenfrei sein. Der P+R wird mit einem Busknotenpunkt ausgestattet, der zu Hauptverkehrszeiten 15-minütig fährt und mit der großen Busringlinie verbunden ist. Außerdem soll er ein **Fahrradparkhaus** erhalten, sowie softwarebetriebene Leifahrräder und Schließfächer. Zur weiteren Stärkung eines klimafreundlicheren Verkehrs sollen Batterieaufladestationen entstehen, welche unterstützt werden von Solaranlagen, die im Rahmen der P+R-Plätze hinzukommen sollen.

Die Stationen sollen vorzugsweise in Bischberg/Gaustadt, Gartenstadt, Bamberg-Süd/Arena gebaut werden. Letzterer lässt sich in Kombination mit der kommenden neuen S-Bahnstation verbinden.

- **Innenstadtparkplätze** werden **verteuert**. Ausnahmen gelten für 2500 (50%) der Parkplätze für in der Innenstadt **Beschäftigte** und **Anwohner*Innen**. Für diese Gruppen sollen sie **günstig bleiben**.
- **Städtische Dienstfahrzeuge müssen zwingend ökologisch sein.**
- Als Stadtratsfraktion werden wir uns überregional engagieren, um im Landtag die Einführung zur Möglichkeit einer **Drittnutzerfinanzierung** durchzusetzen. Dabei handelt es sich um eine Abgabe von Unternehmerseite für die Nutzung der Infrastruktur und des Nahverkehrs.

Konkret könnte man Unternehmen die Möglichkeit anbieten weniger Stellplätze für ihre Arbeitnehmer*Innen bauen zu müssen und sie stattdessen den ÖPNV finanziell unterstützen zu lassen und damit einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Stadtentwicklung zu leisten.

Der motorisierte Individualverkehr, der Güterverkehr und die Kurier-, Express- und Paket-Dienste (KEP-Dienste) müssen dadurch reduziert werden, dass man einen optimierten Mix der Verkehrsmittel des Individualverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs schafft und diese Verkehre intelligent steuert und vernetzt.

- Positionen des Bayerischen Städtetags 2018 - 54. Vollversammlung des Bayerischen Städtetags am 18./19. Juli 2018 in Coburg, S.8“ -

5.5 Bamberg die Fahrradstadt

Da Fahrradfahren eine gesunde, Natur schonende und schnelle Transportmöglichkeit darstellt, ist es besonders zu fördern. Gerade weiter entfernte Gemeinden und Stadtteile sollen durch Fahrradschnellwege erreichbar gemacht werden. Ziel ist es Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und den ÖPNV aufeinander abzustimmen, um eine möglichst hohe Effizienz mit minimaler Unfallgefahr zu gewährleisten.

- Wir wollen das **Kontingent für Lastenfahrräder** für Gewerbe & Familien in der Innenstadt erhöhen. Es wird dadurch nicht nur ein angenehmeres Stadtbild geschaffen, sondern ist in zweierlei Hinsicht gesund für Bewohner*Innen. Zum einen durch die sportliche Betätigung zum anderen durch weniger Luftverschmutzung und Lärmbelästigung
- Wenn Radverkehr Vorrang vor Autos haben soll, muss dementsprechend auch der **Winterdienst** dieser Rangordnung Rechnung tragen und deshalb Fahrradwege nutzbar halten.
- Ebenso muss es diebstahlsichere **Abstellanlagen und Absperrvorrichtungen** im gesamten Innenstadtbereich und anderen zentralen Verkehrsknotenpunkten geben.

- Ein **öffentliches Fahrradverleihsystem** (gerade bei P & R-Plätzen) in städtischer Hand
- Eine **Meldeplattform** für Mängel im städtischen Radverkehr
- **Fahrradkurse** für Senior*Innen und Kinder
- **Langstreckenwege** per Fahrrad in die Dörfer und Anbindung nach Osten ausbauen
- Solarradwege testen und fördern. Fahrradwege, die aus Photovoltaik-Paneeelen bestehen, laden sich per Sonne auf, betreiben die Weglampen, Schmelzen im Winter den Schnee vom Weg und speisen zusätzlichen Strom ins Netz. Wir sehen dies als geeigneten Schritt an, um Bamberg innovativer, schöner und umweltfreundlicher zu gestalten.
- **Fahrradwege endlich sicher machen!** Viel zu viele Fahrradwege enden abrupt oder folgen einer wirren Logik mit fehlenden Möglichkeiten, sicher links abzubiegen. Manch einer sprach bereits davon deshalb nicht mehr Radfahren zu wollen. Wir wollen dem Rad den Platz einräumen, den es verdient hat und endlich einen Fahrradwegplan für Bamberg, der sowohl Kinder- als auch Seniorengerecht ist, aufzustellen.
- Fahrradschnellwegenetz ausbauen, vorzugsweise mit Solarböden

5.6 Eine Eisenbahn, die verbindet

- Im Zuge der neuen S-Bahnanbindung in der Gereuth wird es zu größeren Veränderungen kommen. Hier muss darauf geachtet werden, dass die Anwohner*Innen nicht durch Gentrifizierung ihr Lebensumfeld verlassen müssen. Die Stadt muss im Rahmen ihrer Wohnungspolitik darauf achten, dass es nicht zu Hotspot-Vierteln kommt und muss deswegen sozial plurale Viertel fördern. [Querverweis Wohnungspolitik]

- Um unverhältnismäßig steigenden Mieten entgegenzuwirken, müssen die dortigen Sozialbindungen entfristet werden.
- Schallschutzmauern an den Bahnstrecken müssen entstehen.
- Die neuen ICE-Gleise müssen den Faktoren minimaler Belastung und maximale Effizienz für die Bevölkerung erfüllen.
- Wir wollen eine Bahnhofsmision (Verweis Soziales)
- Während des Bahnhofsbaus wollen wir evaluieren und darauf achten, dass die Baumaßnahmen die Verkehrswege möglichst gering belasten und zu keinen Massenstaus führen. Beide Seiten entlang der Bahnstrecke müssen bei jedem Bauschritt weiterhin gut miteinander verbunden bleiben. Der Einsatz mobiler Schallschutzwände ist dabei notwendig um die Lärmbelästigung für Anwohner*Innen in Grenzen zu halten.

5.7. Innovative Projekte: Wasserstofffahrzeuge

Nicht nur mit Bezug auf Fahrradwege und Busstrecken, wollen wir neue Wege gehen. Hierfür fordern wir die Firma Bosch auf, ihr Versprechen einzulösen und endlich innovativen Treibstoff zu fördern. Hand in Hand könnte somit Bamberg als Test- und Innovationstadt für wasserstoffbetriebene Busse fungieren. Dieses Pilotprojekt könnte über die nächsten 10 Jahre schlussendlich einen flächendeckenden und klimaneutralen ÖPNV erschaffen.

Diese Technologie erweist sich besonders effizient bei größeren Fahrzeugen mit hoher Laufleistung. Dementsprechend ist es zielführend mit Bussen und LKWs anzufangen. Eine Kooperation zwischen Stadt, Land und Bosch, sowie der Aufbau einer Wasserstoffgewinnungs- bzw. Betankungsinfrastruktur könnte nicht nur den Einwohner*Innen und Bosch zugutekommen, sondern von LKW-Speditionen und weiteren Unternehmen genutzt werden.

6.Ethik und Moral über Kapital –

Zukunftsorientierte Wirtschaft für Mensch und Tier

Die Frage nach der richtigen Wirtschaftsart wollen wir immer wieder stellen. Für die Bamberger Linke Liste ist schon immer klar: Menschen und Natur gehen über Profite! Wir stehen hinter dem Ideal des demokratischen Sozialismus. Darunter verstehen wir eine gemeinsame Ausgestaltung der regionalen Wirtschaft mit den Betrieben nach den Zielen sozialer Verträglichkeit und unter Beachtung der natürlichen Grenzen unserer Umwelt und Natur. Eine faire Verteilung der Vorteile und Lasten sowie eine Demokratisierung aller wirtschaftlichen Lebensbereiche stehen dabei im Vordergrund. Kapitalistische Verwertungslogik führt zur Ausbeutung und Spaltung der Gesellschaft. Das heißt konkret: Gemeinsames Wirtschaften geht nur, wenn wir auf die Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt eingehen. Das betrifft die Jobs, welche die Arbeitnehmer*Innen gerne wahrnehmen wollen genauso welche regionalen Produkte im Laden zu finden sind. In beiden Fällen braucht es mehr Mitbestimmung im Betrieb über die Art und Weise, wie Produktion und Arbeit gestaltet sind. Auch im wirtschaftlichen Handeln der Stadt und der Unternehmen fordern wir mehr Transparenz und Mitbestimmung ein, um egoistisches und kurzfristiges Denken zu verhindern. Dadurch wird darüber hinaus demokratisches Verhalten gefördert.

Die Bamberger Linke Liste fordert für eine weitsichtige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik:

- Die spezielle Förderung kleiner und mittlerer Wirtschaftsunternehmen, die vor Ort den von uns geforderten gesellschaftlichen und umweltpolitischen Wandel starten und voranbringen wollen. Das heißt strukturelle und finanzielle Unterstützung
- Unternehmen in öffentlicher Hand müssen gemeinwohlorientierter wirtschaften und die Mitbestimmung der eigenen Angestellten im Betrieb sicherstellen. In Fragen des Umweltschutzes, der Arbeitnehmer*Innenrechte und der umweltverträglichen Stadtentwicklung muss die Stadt Bamberg eine Vorbildrolle einnehmen und eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anstreben

- Auch ehrenamtliche, gemeinwohlorientierte Projekte wollen wir verstärkt fördern. Das Ehrenamt braucht langfristige Planbarkeit und strukturelle Unterstützung, weil die Menschen viele Dinge in die Hand nehmen, die sich nur schwer wirtschaftlich abbilden lassen. Das Bereitstellen dieser Dienste spart der Stadt hohe Geldsummen. Gleichzeitig dürfen nicht noch mehr gesellschaftliche bzw. staatliche Leistungen aus der bezahlten Arbeit ins Ehrenamt gedrängt werden. Wir sehen wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge wie beispielsweise Frauenhäuser oder die Quartiersarbeit in der Verantwortung der Stadt.
- Förderung von Unternehmen, die vor Ort produzieren und vermarkten, um unabhängiger von Exportzwängen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu werden. Das heißt kleine und mittlere Unternehmen, die nicht mit Outsourcing aufgrund von Profitmaximierung drohen, Standortvorteile zu verschaffen
- Regionale Produktions- und Konsumkreisläufe sollen derart effizienter gestaltet werden, sodass eine einseitige Orientierung an Wachstum und Produktivität nicht mehr im Mittelpunkt stehen
- Wir fördern die wirtschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter. Keine allein-erziehende oder pflegende Person darf benachteiligt werden.
- Verstärkte Ansiedelung von innovativen Unternehmen, die platzsparend bauen, nachhaltig wirtschaften und mitbestimmte und tarifgebundene Arbeitsplätze bieten (Verweis Ökologie)
- Wir schaffen Anreize für Unternehmen, welche eigenverantwortlich Wohnraum für ihre Arbeitnehmer*innen zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Stadtbau GmbH zur Verfügung stellen
- Grundstücke der Stadt Bamberg sollen aus Gründen der finanziellen Unabhängigkeit in Zukunft nur noch verpachtet und nicht verkauft werden (Verweis Wohnen). Des Weiteren soll wieder mehr Land im Eigentum der Stadt sein,

um sozialen Wohnungsbau voranzutreiben und den Wuchermieten entschlossen entgegenzutreten.

- Langfristig gestaffelt zu erhöhende Parkplatzgebühren im Innenstadtbereich mit Zweckbindung an ÖPNV-Ausbau. (Verweis ÖPNV-Konzept)
- Erhöhung der Strafe auf das unsachgemäße Wegwerfen von Zigarettenstummeln. Die Geldbuße soll sich erstmals auf 40 Euro, später auf mindestens 250 Euro belaufen. Gleichzeitig sollen tragbare Aschenbecher vermehrt beworben werden. Damit schützen wir in hohem Maße unser Grundwasser (siehe Klimaschutz) und mitfinanzieren damit weitere Umweltmaßnahmen. Dafür soll die Stadt dem Ordnungsamt hierfür genügend Personal bereitstellen, damit die Maßnahme effizient umgesetzt werden kann

7. Eine kommunale Finanzierung für die Menschen – heute und morgen

Die Bamberger Linke Liste will langfristige Haushaltspolitik für die Menschen machen, anstatt die kommunalen Schulen, Straßen, Brücken, Parks und vieles mehr dem Verfall preiszugeben. Nachhaltiger Haushaltspolitik steht die Schuldenbremse entgegen: Sie beschneidet die Möglichkeiten der Gemeinden zu sehr, sodass sie auf kurzfristige Entwicklungen nicht schnell genug reagieren können. Zudem bleibt dadurch kein Spielraum für viele der so genannten „freiwilligen Leistungen“ einer Kommune, welche die Stadt erst lebenswert machen: Städtische Bibliotheken, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wir sehen die kommunalen Aufgaben in hohem Maße durch die Schuldenbremse gefährdet und lehnen sie daher strikt ab. Glaubhafte Haushaltspolitik muss sich gegen die Politik der „Schwarzen Null“ wehren. Das Thema Konversion ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Wirtschaft in der Stadt wandelt sich. Verkehrswende und Klimaschutz fangen vor Ort an. Kurzum: Die Herausforderungen brauchen entschiedene Investitionen in die Zukunft. Kreditaufnahme zur Finanzierung ist ein richtiges Mittel. In Zeiten historisch niedriger Zinsen kann die Stadt und ihre Bewohner*Innen – egal ob die heutige Generation oder die zukünftige - nur profitieren. Im Rahmen der bestehenden Beschränkungen fordern wir, insbesondere in Zeiten historisch niedriger Zinsen, alle Möglichkeiten der Aufnahme von Krediten zur Gestaltung kommunaler Aufgaben zu nutzen.

Die Bamberger Linke Liste plant langfristig und nachhaltig

- Investitionen in den Erwerb und Bau neuer Wohnungen für stabile und langfristig bezahlbare Mieten im gesamten Stadtgebiet (Verweis Wohnen)
- Einführung eines Sozialtickets, um allen Menschen einen kostengünstigen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr und zu öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Kulturangeboten oder Bibliotheken zu gewährleisten (Verweis Soziales)

- Finanzielle Stärkung der Stadtwerke, um das Verkehrskonzept neu zu gestalten und die Taktung auszubauen (Verweis ÖPNV)
- Mehr Geld für den Aufbau kommunaler Energieerzeugung durch die Stadtwerke, um Strom günstig und erneuerbar vor Ort herzustellen (Verweis Umweltschutz)
- In Sachen Gleichstellungspolitik muss mehr Geld für Frauenhäuser, Mehrgenerationentreffpunkte und Beratungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Das betrifft Bildungsarbeit gleichermaßen (Verweis Gleichstellung)
- Für eine gelungene Transformation des Wirtschaftsstandortes und der Zukunftsfähigkeit Bambergs wollen wir Geld für Umschulungsangebote in der Erwachsenenbildung und die Wirtschaftsförderung von kleinen und mittleren lokalen Unternehmen in die Hand nehmen (Verweis Arbeiten in Bamberg)
- Moderne Kulturpolitik braucht Vielfalt: Kleine Projekte müssen mehr Unterstützung erhalten, damit alternative und junge Kultur eine Stimme erhält und eine bunte Kulturlandschaft aufblühen kann (Verweis Kultur)
- Finanzierung von Bildungsprojekten gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie

7.1 Steigerung der Einnahmen

Die Bamberger Linke Liste sieht alle Steuerzahler*Innen in der Pflicht, zum Allgemeinwohl beizutragen. Einer weiteren Belastung von Geringverdiener*Innen erteilen wir jedoch eine Absage. Gerade in Bezug auf den Transformationsprozess der Wirtschaftsstruktur sehen wir einen flexibleren Einsatz der Gewerbesteuer als wichtiges Mittel.

- Unternehmen, die vom Wandel der Wirtschaft betroffen sind, sollen einen geringeren Beitrag zur Gewerbesteuer entrichten, um zweckgebunden den ge-

meinsamen Prozess von Fortbildungsangeboten und den Aufbau neuer Infrastrukturen zu befördern. Nicht mitbestimmte Unternehmen ohne Tarifbindung sollen stärker zur Kasse gebeten werden.

- Eine Zweitwohnsitzsteuer gestaffelt nach Einkommen steigert die Einnahmen zusätzlich und wäre gleichzeitig ein effektives Mittel gegen den Wohnungsleerstand in Bamberg. Insbesondere, wenn diese Einnahmen zweckgebunden in den Wohnungsbau fließen.
- Mit einer kleinen Tourismusabgabe (Kurtaxe) wollen wir zweckgebunden den öffentlichen Nahverkehr schrittweise kostenlos anbieten. Dabei handelt es sich um eine geringe zusätzliche Abgabe pro Übernachtung in Bamberg. Bei Anreise mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder dem Fahrrad, nachweisbar über den Fahrschein oder das Fahrrad, fällt eine Abgabe von einem Euro pro Nacht an. Bei Anreise mit dem Auto sind zwei Euro pro Nacht zu entrichten.
- Wir werden uns innerhalb des Stadtrats bzw. innerhalb Bayerns für die Einführung einer Drittnutzerfinanzierung einsetzen. Dabei handelt es sich um eine Abgabe von Unternehmerseite für die Nutzung der Infrastruktur und des Nahverkehrs. Da ein Unternehmen in hohem Maße, von der durch die Stadt und ihre Bevölkerung finanzierte Infrastruktur profitiert, wollen wir diese auch in die Pflicht nehmen.
- Das Verpachten städtischer Flächen stellt eine dauerhafte Einnahmequelle dar.

8. Gleichstellung in allen Lebensbereichen!

Die Bamberger Linke Liste fordert die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter ein. Wir kämpfen für eine Gesellschaft von freien und gleichen Menschen. Wir sehen eine Vielfalt an sozialen und biologischen Geschlechtern in der Gesellschaft, die über die traditionelle Einteilung in Mann und Frau hinausgeht. Deshalb betrifft Gleichstellungspolitik auch alle Geschlechtsidentitäten und wirkt in jeden Politikbereich hinein.

Wenn wir von Gleichstellung reden, meinen wir aber beispielsweise auch die Gleichstellung von Migrant*innen, Menschen mit Beeinträchtigung oder Menschen mit einer anderen religiösen Weltanschauung als die Mehrheit.

Wir sehen hier noch erheblichen Aufholbedarf. Dabei haben städtische wie private Akteure die Pflicht gleichermaßen darauf hinzuwirken. Das gilt am Arbeitsplatz, in den Behörden, im öffentlichen Raum oder auch im Bildungswesen.

Zur Verwirklichung des Ziels ist es zwingend erforderlich, die jeweiligen Menschen und Gruppen aktiv in den Prozess einzubeziehen, damit wir gemeinsam ein Konzept entwickeln, statt eines von oben herab zu diktieren. Umgekehrt gilt: Gelungene Bürger*innenbeteiligung bezieht immer Gleichstellungsaspekte mit ein.

Wir fördern bunte und unterschiedlichste Familienkonzepte. Das heißt, dass wir sowohl Alleinerziehende, Patchworkfamilien aber auch traditionelle Familienformen unterstützen. Wichtig ist dabei, dass die männliche Bevölkerung ihre Möglichkeiten auf Elternzeit aktiv wahrnimmt und ihre Partner*innen bei der Rückkehr in die Arbeit unterstützt.

Das bedeutet auch: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Gewerkschaften sind nicht nur wichtige Stützen der Tarifpartnerschaft, sondern können sich darüber hinaus durch Bildungsangebote in den Betrieben für eine höhere Anerkennung des Themas einsetzen. Zudem spielen Betriebsräte eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Gleichstellung. Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bamberg hat hierbei unterstützende Funktion.

Die Stadt hat in all diesen Punkten Vorbildfunktion, da sie in zahlreiche Lebensbereiche hineinwirkt. Sie muss den Bamberger*innen aufzeigen, was Gleichstellung bedeutet. Die Gleichstellungsstelle ist hier besonders in die Pflicht zu nehmen.

Die festgelegte Zahl an Rückzugsräumen für Frauen nach Maßgabe der Istanbul-Konvention reicht in Bamberg nicht aus. Die Stadt ruht sich hier viel zu sehr auf der Hilfe der Wohlfahrtsorganisationen aus. In Deutschland werden jährlich tausende von schutzbedürftigen Frauen von Schutzhäusern aufgrund von Überbelegung abgewiesen. Das ist schrecklich und nicht hinnehmbar!

Auch sollten die kommunalpolitischen Parteien und Politiker*innen ihrer Verantwortung gerecht werden. Politik wird erst dann eine runde Sache, wenn es keine Barrieren für Mitgliedschaften und politisches Engagement gibt. Alle Stimmen sollen unabhängig von sozialem Hintergrund, Herkunft oder Geschlecht gehört werden.

Unsere Forderungen für eine verbesserte Gleichstellungspolitik in Bamberg:

- Die Gleichstellungsstelle ist aufzuwerten und allen Menschen niederschwellig zugänglich zu machen. Es braucht mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit und neue Veranstaltungsformate, da unsere Umfragen ergeben haben, dass diese kaum wahrgenommen werden.
- Eine verstärkte Zusammenarbeit der Gleichstellungsstelle mit feministischen und intersektionalen Organisationen und Vertreter*Innen der Bamberger Zivilgesellschaft, um gemeinsam Gleichstellungskonzepte und Öffentlichkeitsarbeit zu stärken
- Vermehrte Schulungen von städtischen Mitarbeiter*Innen in Bezug auf Gleichstellungsaspekte im Umgang mit Bürger*Innen.
- Gesprächsangebote und Diskussionsangebote der Gleichstellungsstelle zu „Kritischer Männlichkeit“. Darunter zu verstehen ist die Betrachtung der Zwänge und gesellschaftlichen Konventionen denen auch oder insbesondere Männern unterworfen sind.

- Strukturelle Unterstützung seitens der Stadt für Gewerkschaften, um Veranstaltungen zu Gleichstellungsthemen in Betrieben zu ermöglichen
- Mehr Frauenhäuser! Wir fordern mindestens 10 weitere Plätze in Schutzhäusern, sprich eine Verdoppelung.
- Die Schulen sollten an ihre Bedeutung zur Förderung von Gleichstellung erinnert werden und sollten gemeinsam mit der Stadt Bildungsangebote entwickeln.
- Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel auf öffentlichen Toiletten
- Förderung der geschlechtssensiblen Arbeit in der Jugendhilfe
- Mehr Kinderwagengerechte Treppen und Toiletten.
- Auf allen öffentlichen Toiletten, insbesondere Männertoiletten Wickeltische.
- Erhöhtes städtisches und bezahlbares Betreuungsangebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier wollen wir besonders den Bedürfnissen von Schichtarbeitenden Rechnung tragen. Dafür sind ebenso mehr Kita-Mitarbeiter*innen und deren bessere Bezahlung nötig.
- Um den Anforderungen der Anerkennung des dritten Geschlechts Rechnung zu tragen, befürworten wir die Einrichtung einer dritten Toilette in städtischen Gebäuden.
- Um das Sicherheitsgefühl von Frauen zu erhöhen, wollen wir ein Frauen*nachttaxi, damit Frauen gut und direkt nachts nach Hause kommen.
- Weiter muss den Einwohner*innen durch Veranstaltungen die Notwendigkeit und das Verständnis dafür nähergebracht werden, dass Gleichstellung nicht nur Mann und Frau betrifft und es eine Aufgabe an uns alle ist, allen Menschen die gleichen Chancen und Rechte zuteilwerden zu lassen.

- Speziell FLINT*Personen mangelt es an sichtbaren Förder- bzw. Unterstützungsprogrammen. In diesem Bereich wollen wir mehr Werbung für Bestehendes und mehr städtische Betreuungsangebote für Eltern (FLINT: Frauen, Lesben, inter, non-binäre & Trans-Personen)
- Alle städtischen Schriftstücke müssen gegendert werden!
- Bessere Einbeziehung von Menschen verschiedenen Geschlechts und Hintergrunds in kommunale Angelegenheiten.
- Schaffung von Awareness-Team-Strukturen bei städtischen Großereignissen. Hierbei kann auf Erfahrungswerte von Kulturschaffenden (z.B. Kontakt-Team) zurückgegriffen werden.
- Wir setzen uns für eine paritätische Besetzung von öffentlich-städtischen Ämtern ein.
- In allen Fragen der Gleichstellung sollen vermehrt Frauenverbände und queere Gruppen miteinbezogen werden.
- Mehrgenerationenhäuser sind zu fördern. Die Pflege älterer Menschen ist nicht Aufgabe von Frauen, sondern der gesamten Gesellschaft. Mehrgenerationenhäuser vermitteln den Wert von Gemeinschaft und Unterstützung. Außerdem brechen dort gemachte Erfahrungen veraltete Strukturen und Rollenbilder auf. Ein besseres Verhältnis und Kontakt zwischen jungen und alten Menschen ist unserer Meinung nach wünschenswert.
- Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren sind Orte, die zur Vernetzung und Sichtbarkeit von Frauen und ihren Problemen beitragen. Eine Förderung solcher Projekte mit entsprechendem Personal und Angebot wäre ein weiterer Schritt in Richtung Gleichstellung nicht nur von Frauen.

- Gleichstellung auch intersektional begreifen: Menschen, die aufgrund verschiedener persönlicher Eigenschaften besonders von Diskriminierung und Marginalisierung bedroht sind, müssen gesonderte Integrations- und Beratungsangebote erhalten (Verweis Asylpolitik). Besonders im Blick sind hier unter anderem Frauen mit Migrationshintergrund, denen Sprachkurse verwehrt werden und damit der Eintritt ins Arbeitsleben erschwert wird.
- Unabhängige Beratungsstellen für Frauen ausbauen. Hierbei müssen auch Themen, wie finanzielle Unabhängigkeit, abdeckt werden.

9. Sicher sein: Jeden Tag und jede Nacht

Alle Menschen in unserer Stadt haben ein Recht darauf, sicher zu sein und sich sicher fühlen zu können. Statistisch gesehen ist Bamberg eine sichere Stadt. Nichtsdestotrotz hat sich die „gefühlte Sicherheit“ in den vergangenen Jahren bei den unterschiedlichsten Gruppen verändert. Damit aus einem Gefühl keine konkrete Sicherheitsgefahr wird, wollen wir das Thema weiträumig und ganzheitlich anpacken: Begegnung, Aufklärung und Austausch sind nur ein paar Stichworte unserer Herangehensweise. Eine Wertschätzung unserer Polizeikräfte ist für uns selbstverständlich. Nichtsdestotrotz muss Kritik an Polizeitaktik und dem Verhalten einzelner Polizist*innen möglich sein.

Die Bamberger Linke Liste fordert daher

- Öffentliche Aufklärungsangebote zur Drogennutzung zu verstärken
- Ein Awareness-Team in der Sandstraße zu schaffen: 2 Personen mit Erfahrung und anerkannter Ausbildung in sozialer Arbeit sind Ansprechpersonen für alle Menschen, die sich sexuell belästigt oder bedroht fühlen. Zeitgleich können sie als Zeug*Innen im Falle von Gewalt – egal ob von Seiten des Sicherheitsdiensts, von Passant*Innen oder der Polizei – dienen.
- Verständnis für die Polizeiarbeit stärken: Regelmäßiger Austausch zwischen Polizeikräften und Stadtbevölkerung baut Vorurteile ab. Anregungen aus der Bevölkerung können die Einsatztaktik der Polizei korrigieren. Hierfür gibt es bereits erste Projekte, um Polizeikräfte und Anwohner*innen an einen Tisch zu holen, um sich gegenseitig aufzuklären.
- Wir fordern den Freistaat Bayern auf, regelmäßige Schulungen der Polizeikräfte für interkulturelles Training und deeskalierendes Verhalten zu erhöhen.
- Begegnungen schaffen zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne Migrationshintergrund: Dazu braucht es einen niederschweligen Zugang mit interkulturellen Festen in allen Stadtteilen.

- Begegnungsstätten fördern, die zum interkulturellen Austausch beitragen
- Jugendarbeit ist Kriminalitätsvorbeugung. Deshalb wollen wir verstärkt auf Sozialarbeiter*innen und Streetworker*innen setzen (siehe Punkt Soziales Bamberg).
- Druckräume. Viele Menschen in Deutschland sind drogenabhängig und werden deshalb stigmatisiert und gesellschaftlich ausgegrenzt. Wir möchten allen Menschen in und um Bamberg helfen, das schließt Drogenabhängige mit ein. Diese Räume helfen nachweislich diesen Menschen niedrigschwellig Hilfe und Sicherheit zu bieten, sorgt für weniger Tote und schützt nicht konsumierende Menschen vor etwaigem Drogenmüll.
- Dunkelheit schafft Unsicherheitsgefühl. Wir wollen bestimmte dunkle Wege in der Stadt stärker beleuchten. Beispielsweise ist die Strecke am Kanal entlang von der Europabrücke zur Löwenbrücke zu beleuchten.
- Wir begrüßen ausdrücklich die Organisation Heimwegtelefon e.V. und setzen uns für eine regionale Umsetzung des selben Konzepts ein. Darüber hinaus ist von Seiten der Stadt eine Frauenchatgruppe zu erstellen, welche die Absprache eines gemeinsamen Heimwegs für Frauen ermöglicht.

10. Zutaten der Demokratie?

Transparenz und Mitbestimmung!

Die Bamberger Linke Liste setzt sich für eine größtmögliche Demokratisierung aller Prozesse der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften ein. Alle Menschen in Bamberg sollen unabhängig des Alters, der Herkunft, des Geschlechts oder der Religion mit niederschweligen Angeboten informiert und eingebunden werden. Alle Vorgänge in der Stadtverwaltung müssen transparent und zügig nachzuvollziehen sein. Denn die Stadtgesellschaft hat ein Recht darauf, ihre Anliegen und Forderungen zu formen und gut informiert abzustimmen. „Hinterzimmerpolitik“ ist ein Relikt des 20. Jahrhunderts, dass die Bamberger Linke Liste überwinden will.

**Die Menschen in der Stadt können sich selbst verwalten:
Die Stadt gehört euch!**

Unsere Maßnahmen für mehr Transparenz und Beteiligung:

- Alle Menschen sollen online, per Brief oder mündlich Anregungen und Vorschläge für die Tagesordnungen kommender Stadtratssitzungen einbringen können
- Junge Menschen sollen schon früh an demokratischen Prozessen teilnehmen können. Dafür sollen Vereine mehr Geld und Räume erhalten, um politische Bildungsarbeit zu leisten. Wir befürworten deshalb die Einführung eines Jugendparlaments mit substantiellen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das Jugendparlament muss von städtischen Verantwortlichen kontinuierlich unterstützt und aufrecht erhalten werden, wobei den Jugendlichen größtmögliche Selbstbestimmung überlassen werden muss.
- Die Stadtverwaltung soll in den Stadtteilbüros verstärkt Bürger*innensprechstunden in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Organisationen vor Ort durchführen. Im besonderen Fokus steht die Vernetzung und Einbindung von älteren und ärmeren Menschen, sowie Personen mit Migrationshintergrund in die Quartiersentwicklung.

- Live-Übertragungen der Stadtratssitzungen und deren Aufzeichnung und Abrufbarkeit für die weniger mobilen Menschen sind einzuführen. Der Ort der Stadtratssitzungen muss barrierefrei und leicht zu erreichen sein.
- die Sitzungen der Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen müssen im Regelfall öffentlich sein und können nur bei definierten schutzwürdigen Belangen nicht-öffentlich sein. Auch Kauf- bzw. Verkaufsverträge, wie im Falle des Lagarde-Geländes müssen nach außen kommuniziert und dazu Rede und Antwort gestanden werden.
- Bei der Erweiterung und Förderung von Mitbestimmungsmöglichkeiten muss die Stadt insbesondere auf sozial und wirtschaftlich schlechter gestellte Personengruppen Rücksicht nehmen, da ansonsten die politische Beteiligung weiter auseinander gehen wird. D.h. die Stadt muss speziell Angebote für Nicht-Gymnasiast*innen und weniger gut Verdienende einführen.
- Bürger*innenforen sollen statt einmal mindestens zweimal jährlich abgehalten werden. Vorher eingegangene Anträge müssen unter Berücksichtigung des Datenschutzes online zugänglich gemacht werden, damit Einwohner*innen sich vor den Sitzungen informieren können, ob sie explizit betroffen sind von den Themen oder nicht.
- Die Transparenz und der öffentliche Zugang zu Informationen bezüglich der Vergabepolitik von Investitionen in Bamberg sind auszubauen
- Wir fordern die Offenlegung der Nebeneinkünfte von gewählten Referent*innen und Bürgermeister*innen

11. Erinnern für die Zukunft –

Antifaschismus ist demokratische Bürger*innenpflicht

In Bamberg versuchen Neonazist*Innen, Geschichtsrevisionist*Innen und Rechtspopulist*Innen immer wieder, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder in ihrem Sinne umzuinterpretieren.

Aktive Angriffe bis hin zu Körperverletzungen gegen Demokrat*Innen sind dabei keine Seltenheit, erinnert sei nur an die mehrfachen Aktionen gegen das Balthasar, an die „Weißen Wölfe Terrorcrew“ oder an Nazischmierereien an der Synagoge, an Häusern, Schulen oder Straßen.

Durch das Engagement vieler Menschen besonders in antifaschistischen Gruppen (Antifa, VVN/BdA, Bamberg ist bunt, Willy-Aaron-Gesellschaft u.a. Arbeitsgemeinschaften) konnte Bamberg den Neonazist*Innen in den vergangenen Jahren weitgehend widerstehen und rechtsextremes Gedankengut konnte sich nur begrenzt in konservativen bürgerlichen Kreisen festsetzen.

Im Grundgesetz und in den Landesverfassungen sind aus den Erfahrungen des Faschismus antifaschistische und antimilitaristische Programmpunkte festgeschrieben: das Grundrecht auf Asyl, das Recht auf Arbeit, das konsequente Vorgehen gegen jegliche Bestrebungen faschistischer Gruppierungen und Symbole. Verbot militaristischer Propaganda und ein außenpolitisches Friedensgebot – all dies sind Bestimmungen, die auf dem Papier stehen, die aber in der politischen Praxis erkämpft werden müssen. Der Widerstand gegen rassistische und fremdenfeindliche Gewalt kann nicht den staatlichen Organen überlassen werden. Gerade die unermüdliche Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors muss unsere Gesellschaft und jeden einzelnen sensibilisieren gegen jegliche Ansätze von Rassismus und Nationalismus. Antifaschistisches Handeln ist dabei mehr als eine Gegenbewegung, es ist ein „Zukunftsentwurf“ für unsere Gesellschaft.

11.1 Aufgabe für alle Generationen

„Erinnern für die Zukunft“ beinhaltet einerseits die geschichtliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus besonders auch in unserer Stadt, es ist jedoch

nicht nur als geschichtliches Ereignis zu betrachten, sondern ist als Ansporn für den politischen Alltag und das politische Bewusstsein zu sehen. Andererseits ist Antifaschismus bestimmt durch die Respektierung der Menschenwürde, durch Toleranz und dem Streben nach Dialog, durch Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Solidarität, Antimilitarismus und Gewaltfreiheit sowie durch die Achtung von Minderheitsrechten, die Anerkennung der prinzipiellen Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen.

Gedenktage, die an historische Ereignisse des Faschismus erinnern, können mehr politisches Bewusstsein hervorrufen, als manche Initiator*Innen solcher Gedenkfeiern wollen.

Bei den alljährlichen offiziellen Gedenkveranstaltungen (z.B. am 8. Mai oder am 9. November) sehen wir mittlerweile die Gefahr einer zum Formalismus erstarrten Pflichtübung, zumal sie auch oft zu Tageszeiten durchgeführt werden, an denen ein „Normalsterblicher“ arbeitet.

„Erinnern für die Zukunft“ bedeutet sowohl die Sichtbarmachung örtlicher Ereignisse durch die Anbringung von Gedenktafeln und -steinen, durch die Benennung von Straßen und anderer Formen von öffentlicher Erinnerung.

Erinnern für die Zukunft bedeutet auch Widerstand gegen Neonaziauftritte, gegen revisionistische oder rechtspopulistisch Äußerungen.

Letztlich hilft nur eine sensibilisierte, aufgeklärte und politische Gesellschaft zur Verhinderung eines wieder aufkeimenden Nationalsozialismus (Verweis Bildung & Demokratie und Transparenz)

Die Bamberger Linke Liste steht deshalb für folgende Punkte ein bzw. fordert:

- Für eine konsequente Verhinderung von Auftritten von Nazis und von Vertreter*Innen nationalistischer und/oder völkischer Ideologien in Bamberg. Bei derartigen Versammlungsanmeldungen beim Ordnungsamt müssen alle antifaschistischen Gruppen unverzüglich verständigt werden.

- Faschistische Aktivitäten müssen von Polizei, Justiz und Verwaltung rasch und konsequent verfolgt und aufgeklärt werden. Eine nachsichtige Beurteilung oder Einstellung derartiger Vergehen mangels „öffentlichen Interesses“ darf es nicht geben.
- Antifaschistische Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit durch demokratische Gruppen (Antifa, VVN/BdA, Bamberg ist bunt, etc) ist durch die Stadt aktiv – auch finanziell - zu unterstützen. Es darf keine Ungleichbehandlung bei Auflagen durch das Ordnungsamt geben, ebenso keine ideologischen Vorbehalte besonders seitens des Verfassungsschutzes oder der Polizei.
- Für Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit stellt die Stadt den Gruppen unentgeltlich entsprechend geeignete Räume zur Verfügung.
- Städtische Einrichtungen müssen ihre Geschäftsbedingungen soweit ändern, dass neofaschistischen Gruppen der Zutritt, die Anmietung, bzw. Veranstaltungen mit rassistischen, fremdenfeindlichen oder nationalistisch-völkischen Inhalten untersagt werden. Ein kompletter Ausschluss anderer politischer Veranstaltungen muss jedoch unbedingt vermieden werden.
- Besondere Unterstützung und Förderung der „Schulen ohne Rassismus“ an den Schulen der Stadt Bamberg
- Keine Werbung für die Bundeswehr an allen Schulen der Stadt Bamberg.
- Benennung neuer Straßen und Plätze nach Bamberger Verfolgten des Naziregimes. Umbenennung von Straßen, die einen Bezug zum Nationalsozialismus (Bayerlein-Weg) oder zu Militarismus (Ulanenplatz) haben. Keine Neubenennungen von Straßen, Brücken oder Plätzen nach ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.
- keine Sitzungen des Stadtrats und seiner Gremien vor dem Hintergrund von Großgemälden des bekannten Nazi-Malers Fritz Bayerlein. Ersetzen der beiden Großgemälde im großen Sitzungssaal des Rathauses durch politisch neutrale oder demokratie-anregende Bilder. Öffentliches Verfügbarmachen der

Bayerlein-Bilder ggf. in den Museen der Stadt Bamberg mit kritisch-bewertenden Erläuterungen.

- Konsequente Bildungs- und Aufklärungsarbeit von Seiten der Bildungsträger*Innen und öffentlichen Einrichtungen.

12. Grenzenlose Solidarität:

Asylpolitik und Integrationskonzept der BaLi

Abschaffung des Bamberger AnKER-Zentrums

Die Bamberger Linke Liste fordert die sofortige Schließung des Bamberger Ankerzentrums. Es ist bekannt, dass Geflüchtete im Bamberger Ankerzentrum unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen: Es gibt keine Privatsphäre, regelmäßige Schikanen durch den Sicherheitsdienst, rechtswidrige Sozialleistungskürzungen, eine stark eingeschränkte medizinische Versorgung, etc. Die Abgeschlossenheit der Einrichtung erschwert den Kontakt zur hiesigen Bevölkerung, ganz besonders den Kontakt von hier lebenden Menschen zu den Geflüchteten, Integration wird dadurch bewusst und gewollt verhindert. Geflüchtete im AnKER-Zentrum werden bereits räumlich vom Rest der Gesellschaft getrennt. Durch den Lager-Charakter, sowie die erzwungene Untätigkeit und Perspektivlosigkeit, als auch die fehlende Privatsphäre und gedrängte und teils schutzlose Unterbringung wird sog. "kriminelles Verhalten" bei den Bewohner*innen der Einrichtung hervorgerufen. Ungesetzliches Vorenthalten von "Taschengeld", mittels entwürdigender Regularien untergräbt zudem die menschenwürdige Selbstbestimmung. Damit fördert das Lager flüchtlingsfeindliche Vorurteile, rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung und rechtsextreme Bewegungen. Die Menschen im Lager werden durch die Geschlossenheit des Lagers nicht mehr als Individuen, sondern nur noch als Gruppe wahrgenommen. Rechtsextreme Gruppen nutzen dies, um sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Statt der Aufrechterhaltung dieses Lagers soll in Bamberg wieder vermehrt auf kleinere dezentrale Unterkünfte gesetzt werden. Die Gebäude des AnKER-Zentrums sollen in regulären Wohnraum mit erschwinglichen Preisen umgewandelt werden.

Trotz der Emotionalität dieses Themas ziehen wir keine unüberlegten oder einseitigen Schlussfolgerungen, sondern versuchen etwaige Probleme als das zu erkennen, was sie sind. In unsere Überlegungen flossen empirische Fakten, geopolitische Entwicklungen, die Gegebenheiten der Herkunftsländer, die kulturellen, persönlichen und sozioökonomischen Lebenssituation der Geflüchteten und die tatsächliche Amts- und Gesetzeslage mit ein. Darauf aufbauend haben wir Konzepte und Ideen Geflüchtete besser in die Gesellschaft zu integrieren. Wir wollen ihre Abschottung und Diskriminierung beenden, ihnen weiterführende Deutschkurse bezahlen und die Ge-

nehmung der Behörden für Arbeitserlaubnisse erleichtern, damit diese Leute ein selbstbestimmtes Leben führen können, sich integrieren und sich nicht diskriminiert fühlen müssen. Geben wir ihnen und ihren Kindern Perspektiven, so gewinnen wir wertvolle Teile der Gesellschaft hinzu, helfen uns und diesem Land und Leisten unseren Teil am Dienst an der Menschheit. Dies sind humanistische Werte und wir teilen sie!

12.1 Solidarität muss praktisch werden

Auch wenn es schwierig ist auf kommunaler Ebene die Schließung der Einrichtung voranzutreiben, so gibt es dennoch einige Möglichkeiten daran zu arbeiten und die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verbessern. Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Eine Positionierung der Stadt Bamberg gegen eine Lagerunterbringung und eine öffentliche Kritik an den Lebensumständen in dem Lager. Die Stadt Bamberg schweigt dazu und toleriert und fördert die menschenfeindliche Politik der Landesregierung
- Kindern im Lager den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen, ohne dass dies durchgeklagt werden muss!
- Die Aufhebung der rechtswidrigen Praxen durch das Bamberger Sozialamt (z.B. "Taschengeld"entzug) und eine positive Auslegung der Weisungen zugunsten der Geflüchteten.
- Eine bessere Informationspolitik von Seiten der Stadt an die Bevölkerung was das AnKER-Lager angeht.
- Keine Beschränkungen im Zugang zur Gesundheitsversorgung durch das Sozialamt

- Die Einführung einer Rechtsberatungsstelle für Geflüchtete, damit diese auch ihre Rechte wahrnehmen und durchsetzen können.
- Eine bessere Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen, die in der Geflüchtetenhilfe zuständig sind.
- Die Stadt Bamberg muss selbstständig Integrationsaufgaben wahrnehmen, trotz fehlender Zuständigkeit. Ausreichende Integrationsmaßnahmen von Seiten der Bundesregierung sind nicht zu erwarten. Die Asylsuchenden sind ein Teil der Bamberger Bevölkerung, egal, welchen Aufenthaltsstatus diese haben.
- kein segregierender Bus-Shuttle für Bewohner*innen des AnKER-Zentrums
- Den Spielraum der Zentralen Ausländerbehörden zugunsten der Geflüchteten nutzen, wie das Genehmigen von Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen. Wir fordern eine Verlagerung der Kompetenzen überregionaler Ausländerbehörden zu den kommunalen Ämtern. Die Stadtgemeinschaft ist für die Integration zuständig, deshalb müssen die Kompetenzen auch in ihrer Hand liegen.
- Die Finanzierung etwaiger dritter Deutschkurse und die besondere Förderung von Frauen.

13. Jung, Vielfältig, alternativ:

So läuft unsere Kulturszene!

Wir wollen eine bunte, lebendige, vielfältige Stadtgesellschaft in Bamberg. Kultur abseits des Mainstreams wird in Bamberg nur stiefmütterlich behandelt. Seit dem Ende des Morph Clubs 2014 fehlt der Stadt ein großer Raum für alternative Kulturmöglichkeiten abseits des Mainstreams. Seit vielen Jahren unterstützt die Stadt finanziell vor allem die Platzhirsche, wie das E. T. A. Hoffmann Theater und die Bamberger Symphoniker. Mitstreiter*innen der BaLi haben sich in den letzten Jahren mehrfach für die Einrichtung eines Kulturzentrums eingesetzt. Beispiele dafür sind unter anderen die Veranstaltungen "Kultur braucht Zeit" nach dem Ende des Morphs Clubs oder die Tanz-Demonstration "Sound braucht Raum" nach der Schließung des Sound-n-Arts.

Die Entwicklungen auf der Lagarde bezüglich eines Kulturzentrums lassen leicht hoffen, es ist aber immer noch zweifelhaft, ob sie auch wirklich zeitnah umgesetzt werden. Gerade Proberäume fehlen auch seit dem Ende des House of Music im März 2019. Mit der durch Einsturzgefahr bedingten Schließung des Sound-n-Arts ist ein weiterer Kulturraum der jüngeren Bamberger Geschichte verloren gegangen. Sichtbar wurde, dass die Stadt nicht nur keine Unterstützung bietet, sondern über Jahre wegsieht, wenn ein Denkmalschützes Gebäude systematisch dem Verfall anheimfällt. Die Bamberger Linke Liste sieht sich als Lobby für die kleinen und alternativen Kulturschaffenden in Bamberg.

Die Einrichtung des Kulturquartier Lagarde im Osten unserer Stadt kann zu einer Aufwertung dieses besonders stark belasteten Stadtgebietes führen, welches wir ausdrücklich befürworten. Hier sollen möglichst kostenlos kulturelle Veranstaltungen für alle Altersgruppen stattfinden, wobei das Angebot durch kommerzielle Ereignisse finanziell unterstützt werden soll. Wichtig ist uns, dass dort vielmehr Raum für alternative Kultur und für kulturelle Begegnungsstätten für die Bürger*innen der angrenzenden Stadtviertel entsteht. Die Bamberger Linken Liste will eine Trägerschaft in Vereinshand in Zusammenarbeit mit verschiedenen alternativen Kulturvereinen in Stadt fördern.

Parallel dazu ist das Kesselhaus in der Stadtmitte für Kultur in Bamberg umfangreich nutzbar zu machen. Dieses Gebäude bietet große Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten besonders für bezahlbare Kunst (Kontakt-Festival, Kurzfilmtage, Kleinkunst). Hier besteht die Möglichkeit zusammen mit den Anwohner*innen der Stadtmitte ein identitätsstiftendes Kultur-, Musik- und Kunstzentrum zu entwickeln, das bereits durch die bestehenden Initiativen (Architekturtreff, BBK-Berufsverband Bildender Künstler Oberfranken, Franz KAfKA e.V., Künstlerischer Arbeitskreis für kulturellen Antrieb, Kunstraum JETZT e.V. etc.) angefangen wurde. Die Organisator*innen des Festivals FK:K [Franz Kafka im Kesselhaus] haben konkret gezeigt, wie das Kesselhaus zu einem Ort der innovativen Kunst werden kann. Wir glauben, dass dies auch für die städtische Sozialstiftung Bamberg als Eigentümerin und Teil des früheren Krankenhauses ein äußerst wichtiger Beitrag als Kulturstiftung sein wird. Wir setzen uns dafür ein, dass sich das Kesselhaus zu einem innovativen Ort der Begegnung für alte und junge Kunstschaaffende umgebaut wird, an dem sich moderne Kunst und alternative Musik entwickeln kann und in dem auch innovative Künstler*innen ohne Geld wohnen und arbeiten können. Wir möchten nicht, dass das Kesselhaus nur zu einer repräsentativen Galerie für gelangweilte Touristen umgebaut wird, die mitten in der Stadt von Übertourismus geplagt sind.

13.1 Kultur braucht Raum! Und Kultur braucht Zeit!

Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- die Errichtung eines Kulturzentrums in der Nähe der Innenstadt.
- die Erhaltung, Entwicklung und Förderung von Kultur-, Kunst und Musikveranstaltungsmöglichkeiten auch für Subkultur in der Innenstadt (Untere Sandstr. 20, Kesselhaus, Sound'n'Arts)

Eine Studie der Universität Bamberg zeigt, dass die Einführung der Sperrzeiten keine Verminderung der Kriminalität und Lautstärke nachts mit sich bringt.

- Lockerung der Sperrzeiten für bestimmte Stadtgebiete mit Einbindung der Anwohner*innenschaft unter Berücksichtigung von Lärmevaluation.
- An kritischen Orten, an denen Kultur und Vergnügen angeboten wird (z.B. in der Innenstadt: Sandstraße, Obere Brücke) sind auftretende Konflikte durch mediative Verfahren mit allen Beteiligten zu prüfen, ob diese ausgeweitet werden oder gemildert werden sollen (z.B. Nachtbürgermeister*in).
- die stärkere Unterstützung von alternativen Kulturprojekten mit Geld und Strukturen (Kulturprojekt Kontakt, WildWuchs Theater, ArtEast Theater, Franz KAFKA, etc.)
- die Schaffung von kostengünstigen Räumlichkeiten für Arbeit, Ausstellung und Begegnung (Kesselhaus, Lagarde)
- den Einsatz zur Etablierung vielfältiger Kunstformen neben oder in Verknüpfung mit etablierten Institutionen wie dem E.T.A. Hoffmann Theater
- die Förderung von dezentralen Kulturräumen, nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den einzelnen Stadtteilen
- die Förderung von kleinen alternativen Kulturprojekten verteilt im Stadtgebiet, damit sich nicht nur Kunst, Kultur und Tourismus an einem Fleck häufen, sondern die gesamte Stadt ein Ort der Kultur und Begegnungsorte wird
- Bereitstellung von mehr freien Betonwänden für Graffiti-Kunst
- Förderung auch von freien Kunstformen, wie Streetart und Graffiti
- Eine Möglichkeit zur Verschönerung des Stadtbildes, welche Bamberg einen gewissen individuellen Touch geben würde, wäre eine künstlerische Ausgestaltung aller Bushaltestellen im Sinne, dass jede individuell gestaltet und gebaut wird.

- Die Bereitstellung von öffentlichen Werbeflächen zur freien künstlerischer Ausgestaltung für soziale und kulturelle Veranstaltungshinweise (zum Beispiel in Buswartehäuschen)

13.2 Kultur allen Menschen unabhängig des Einkommens zugänglich machen!

Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Neben dem Sozialticket (bzw. der Kulturtafel/Kunst für alle) brauchen wir einen einfacheren, freieren Weg zu Kultur auch innerhalb der bisherigen Projekte
- Mehr Bildungsangebote, Austausch, und soziale Freiräume, um Kultur von unten möglich zu machen und zu fördern
- Konkrete Projekte: Die Bamberger „blaue Nacht“: Verknüpfung von Kunst verschiedener Niveaus, damit die gesamte Breite der Gesellschaft bedient wird

14. Teilhabe für alle – Inklusion konkret machen

Die Bamberger Linke Liste strebt ein solidarisches Miteinander und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen in der Stadt an. Gerade in einer so alten Stadt mit einem immer deutlicher zunehmenden Verkehr ist eine gegenseitige Rücksichtnahme gefragt. Einrichtungen und Gebäude, Verkehrsführungen und Verkehrsmittel sollen in der ganzen Stadt auf ihre Inklusion geprüft werden. Inklusion soll zu einem der neuen zentralen Themen in der Stadt werden, nachdem sie in den letzten Jahren von der städtischen Großen Koalition eher belächelt worden ist. Denn Inklusion bedeutet nicht nur Barrierefreiheit, sondern auch die bedarfsgerechte Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Einrichtungen und Gebäude, Verkehrsführungen und Verkehrsmittel sollen in der ganzen Stadt auf ihre Inklusion geprüft und zeitnah umgebaut werden
- Inklusion soll zu einem zentralen Thema in der Stadt werden
- Treppen, insbesondere im Hain, sollen Rampen erhalten
- öffentliche Toiletten sollen den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden (siehe Gleichstellungspolitik)
- Zugang zu Bildungsangeboten und Bürger*innenbeteiligung müssen niederschwellig und allen Gruppen zugänglich sein. Werbemaßnahmen müssen zielorientiert sein
- Der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen soll schneller vorangehen (Hanoveraner Kante). Außerdem sollten alle Bushaltestellen eine Überdachung erhalten. Diese könnten im Zuge der Kulturförderung individuell gestalten und von Künstler*innen erarbeitet werden (Verweis Kultur)
- Busse mit elektrischen Rampen
- Die neu geschaffenen Quartierbüros sollen regelmäßig Begegnungs- bzw. Kontaktveranstaltungen in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vereinen einführen. Einbezug von Kulturveranstaltungen
- Wir fordern die Umbenennung des "Behindertenbeauftragten" in „Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigung“, sowie die Änderung der Ansprache und aller schriftlichen Bezeichnungen mit dem Wortinhalt Behinderung

- Darüber hinaus sind gerade junge Menschen mit Beeinträchtigung in die Jugendparlamente einzubeziehen
- Die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist zu fördern.
- Auch Unternehmen und Geschäfte sollen voll barrierefrei werden. Die Stadtbau GmbH soll hierfür kostengünstige Angebote bereitstellen.

15. Eine Verwaltung für die Zukunft!

Die Bamberger Linke Liste sieht die Stadtverwaltung als verlässliche Partnerin der kommunalen Politik. Aber die politischen Herausforderungen der vergangenen Jahre bringen auch neue Herausforderungen für die städtische Verwaltung mit sich. Wir wollen gemeinsam mit der Verwaltung diesen Prozess zum Guten steuern, um sinnvolle Politik nicht nur zu formen, sondern gezielt „auf die Straße“ zu bekommen. Ein Strukturwandel innerhalb der Verwaltung ist eine Chance, um die Stadtpolitik neu zu denken und sie gleichzeitig transparenter und nachhaltiger auf mehreren Ebenen zu machen.

Für die Bamberger Linke Liste stehen folgende Punkte für eine Reform im Mittelpunkt:

- **Bürger*innennähe:** Entscheidungen und Entscheidungsfindung der Verwaltung müssen zügig und gut verständlich dargelegt werden können. Antworten können auf Wunsch der Bürger*innen für alle öffentlich zugänglich gemacht werden (Verweis Demokratie & Transparenz).
- **Wir setzen auf Digitalisierung:** Kommunale Verwaltung, Anträge und Informationsschreiben sollen weitestmöglich in digitaler Form zugänglich und bearbeitbar sein.
- **Schulungen mit pädagogischen, gleichstellungspolitischen und demokratischen Schwerpunkten** im Sinne des lebenslangen Lernens sind für Mitarbeiter*innen der Stadt regelmäßig durchzuführen.
- **Offenheit für neue soziale, wirtschaftliche, ökologische und technische Erkenntnisse:** Neues Wissen von anderen Stadtverwaltungen und fachkundigen Bürger*innen soll durch mehr Austauschprogramme und „Rendez-vous“ zwischen Bürger*innen und der Verwaltung besser fließen.
- **Nachhaltiger Erfahrungsaufbau:** Die Stadt Bamberg soll verstärkt Planungsstellen unbefristet einstellen, um den Erfahrungsschatz und die Vernetzung

mit anderen Referat*innen der Stadtverwaltung zu stärken . Damit steigt die Qualität der Planungen und die Stadt Bamberg ist weniger auf Expertise von externen Expert*innen angewiesen.

- **Frischer Wind:** Gewählte Referatsleitungen sollten nicht länger als zwei Legislaturperioden im Amt sein. Damit wird Korruption und eingefahrenen Strukturen entschieden der Wind aus den Segeln genommen.
- **Forderung nach mehr Planstellen zur Umsetzung von Bauanträgen:** Eine Verbesserung der Bauplanung sozialen Wohnraums sehen wir im Vordergrund. Ein gestärktes Referat für Wohnungsbau könnte hierbei Effizienz und Geschwindigkeit in der Umsetzung optimieren.

16. Gelungene Digitalisierung?

Mit Datenschutz und Privatsphäre!

Die Welt befindet sich mitten in der Digitalisierung. Diese Entwicklung endet nicht vor dem Ortsschild Bambergs. Um die Chancen der Digitalisierung richtig und sozialverträglich nutzen zu können, braucht es nicht nur Sachverstand: Die Menschen in der Stadt müssen selbst entscheiden und mitwirken können, wie sich das Leben und die Arbeit digitalisieren lassen. Wichtig dabei ist es, dass keine Gesellschaft entsteht, in der die Gewinner*innen gut mit neuer Technologie klarkommen und die Verlierer*innen, denen der Umstieg schwerer fällt, abgehängt werden. Die Bamberger Linke Liste will Digitalisierung zum Guten einsetzen, um Transparenz in der Stadtverwaltung und Effizienz der Bearbeitung von Anträgen zu steigern. Digitalisierung muss mit demokratischem Einfluss gestaltet werden. Umgekehrt gilt: Demokratie kann auch mittels Digitalisierung gestaltet werden! Wenn Datenschutz und Privatsphäre stimmen, kann die Mitbestimmung vor Ort inklusiver und offener werden.

Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Einbindung der Zivilgesellschaft durch Workshops, um weitere Felder für Digitalisierung zu erschließen
- Vergünstigte Internettarife über die Stadtwerke Bamberg für Geringverdiener*innen
- Aufbau eines Bürger*innenportals für Anfragen an die Stadtverwaltung. Antworten der Verwaltung können auf Wunsch transparent für alle Interessent*innen angezeigt werden
- Sinnvolle Mischung von digitalen Beteiligungsformen mit klassischen Bürger*innenforen
- Kooperation der Stadtverwaltung mit Expert*innen aus der Zivilgesellschaft z.B. Backspace e.V. ausbauen, um Daten zu Verkehrsflüssen, Abgasen und Stadtteilklima besser zu erheben

- Stärkung des Digitalisierungsbeauftragten in Zusammenarbeit mit dem Transformationsrat (Verweis Arbeiten in Bamberg)
- Kein Ausbau der digitalen Überwachung und Erfassung des Verhaltens von Menschen. Die Privatsphäre braucht Schutz!
- Ein kommunales Abgeordnetenwatch: Eine Website, die alle Stadträt*innen und Referent*innen sowie die Bürgermeister*innen auflistet, etwaige Informationen zur Person enthält, wie unter anderem deren Abstimmungsverhalten und zudem eine Frage-Antwort-Möglichkeit bietet, die die jeweiligen Antworten online veröffentlicht (Verweis Transparenz)

17. Gesellschaft stärken und Bildung ausbauen

Wir begreifen generationsübergreifende Familienfreundlichkeit als grundlegend für die künftige Entwicklung der Region. Wir arbeiten gemeinsam daran, die Rahmenbedingungen für Familien in der Region weiter zu verbessern und ein familienfreundliches Bewusstsein in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Dabei unterstützen wir alle Familienkonzepte und Alleinerziehende. Kinder sind unsere Zukunft und die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie zu schützen und zu fördern ist eine Kernaufgabe des Staates und somit auch der Stadt. Ein Aufwachsen fern von Armut, mit gleichen Bildungs- und Erfolgchancen und gutem Zugang zu Nahrung, Kultur und Gesundheitsversorgung sind wir ihnen schuldig.

Die Bamberger Linke Liste macht sich ebenfalls stark für eine familienfreundliche Stadt.

17.1 Zustand der Schulen

Der bauliche Zustand städtischer Schulen wurde zu lange ignoriert, notwendige Sanierungen blieben aus. Um diesen Investitionsstau zu bewältigen, müssen die Prioritäten in Bau- und Renovierungsvorhaben dringend verschoben werden. Bildung darf nicht länger hinten anstehen. Investitionen in Schulen sind Investitionen in die Zukunft der Stadt Bamberg. Hierfür müssen im Zweifelsfall auch Kredite aufgenommen werden, welche derzeit besonders günstig zu bekommen sind. Schulleitungen fühlen sich von der Stadt im Stich gelassen. Das ist ein verheerendes und nicht hinnehmbares Signal, welches die Stadt Bamberg äußerst ernst nehmen muss. Daher ist es zwingend notwendig, gegenüber den Schulen mehr Transparenz zu erreichen, damit klar ist, wann sie mit welchen Sanierungsarbeiten rechnen können.

Ausfallende Heizungen, bröckelnde Fassaden und undichte Schuldächer sind kein Aushängeschild für Bildung: Die städtischen Schulen berichten von zurückgehenden Anmeldezahlen, welche sie auch auf den Zustand der Gebäude zurückführen. An die Anmeldezahlen ist die Zuweisung von Lehrstunden gekoppelt, sodass Zusatzangebote wie Arbeitskreise oder weitere Förderungen nicht aufrechterhalten werden können. Diesem Trend muss so schnell wie möglich entgegengewirkt werden.

Daher fordert die Bamberger Linke Liste:

- erheblich zügigere Aufarbeitung des Investitionsstaus an Bambergs Schulen, ggf. unter der Aufnahme von Krediten
- Sanierungen nach einem längerfristig festgelegten Plan
- hohe Transparenz gegenüber den Schulen bezüglich ausstehender Sanierungsmaßnahmen
- Ausreichendes Angebot an Wohnraum für große Familien zu familienfreundlichen Preisen (Verweis Wohnungspolitik)
- Unentgeltliche Beförderung von Schulkindern mit dem ÖPNV
- Faire Eintrittspreise besonders für kinderreiche Familien (Kultur, Musik, Sport, Events) (Verweis Sozialticket)
- Familienfreundliche, flexible Arbeitszeiten, Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen und Home-Office-Plätzen, besonders für die städtischen Angestellten (Verweis Arbeit in Bamberg)
- Möglichkeiten schaffen zur flexiblen Kinderbetreuung zu individuellen Zeiten (z.B. bei Schichtarbeit, Einführung von 24-Stunden-KiTas, ausgebautes, lückenloses Ferienangebot)
- Förderung und Erweiterung des Ferienabenteuers mit zusätzlichen Angeboten auch während anderer Ferienzeiten
- Mehr ausreichend qualifiziertes Erziehungspersonal in der Kinderbetreuung durch Steigerung der Attraktivität des Berufes durch höhere Lohn- und Ausbildungsvergütungen
- Umfangreiches Mittagsbetreuungsangebot an Schulen

- Kostenfreie Kindergärten
- Kostengünstiges, biologisches Essen in Kantinen von Bildungsstätten aus Stadt und Region
- Unterstützung von Sanierungsprojekten an Schulen, insbesondere für Toiletten (dritte Toilette), Brandschutz und bei Baufälligkeit
- Die verstärkte Förderung von BNE (Bildung nachhaltige Entwicklung) und die damit einhergehende Lehre von Garten und Anbau durch geförderte Gewächshäuser oder Hochbeete
- Von der Stadt initiierte Klimawoche für Schüler*innen und Lehrende
- Verstärkte Lehrkooperation zwischen Verwaltung, Universität und Lehramtsstudierenden
- Ablehnung von Gastschulanträgen nur in begründeten Ausnahmefällen
- Förderung von Kinderlehrprojekten wie KinderUni, GirlsDay und BoysDay
- Ausweitung von toleranzfördernden Projektgruppen, wie z.B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ für effektive Prävention und den richtigen Umgang mit dem Thema (Cyber-)Mobbing
- Ausgebautes Präventionsprogramm für Schüler*innen (z.B. Suchtprävention und ProFamilia)
- Regelmäßige Wartung von Kinderspielplätzen für mehr Sicherheit

18. Nichts ist in Stein gemeißelt!

Die Bamberger Linke Liste hat den Anspruch, immer offen für neue Diskussionen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu sein. Damit wir immer ein Programm mit den Menschen für die Menschen in unserer Stadt erarbeiten können! Somit ist unser Programm stets eine Momentaufnahme und immer im Fluss.

Ideen, Kritik und Wünsche können gerne an vorstand@bambergerlinkeliste.de sowie an unsere Facebook-Seite „**Bamberger Linke Liste**“ geschickt werden!

Danksagung:

Danke an alle Menschen, die zur Ausarbeitung dieses Wahlprogramms mit Kommentaren, Korrekturlesen, Diskussionen, Ideen, Kritik und Anregungen beigetragen haben.

Ohne euch wären hier nur weiße Blätter!